

Bezugspreis:

Wochenpreis 1.50 - M. monatlich 6.00 - M. ...

Telefonnummer: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 15. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Weg zur Einigkeit!

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie haben am Freitag abend nach Vorbesprechungen der beiderseitigen Fraktionsvorsitze in getrennten Sitzungen den übereinstimmenden Beschluß gefaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Der Gedanke, eine solche Arbeitsgemeinschaft zu gründen, war in den letzten Tagen in privaten Unterhaltungen im Reichstag wiederholt erörtert worden.

Gestern nachmittag trat nun der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde, der Fraktion der Unabhängigen den Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft offiziell zu unterbreiten.

Nach Schluß der Reichstags-Sitzung traten die beiden Fraktionen wie gewöhnlich zu getrennten Sitzungen zusammen, in denen der Vorschlag des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzes erörtert wurde.

dem Vorschlag mit sehr großer Mehrheit beigetreten seien. Ueber die Ausführung dieses Beschlusses werden sich nun die beiden Fraktionsvorsitze im Laufe des heutigen Tages ins Benehmen setzen.

Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist es, zwischen den beiden Fraktionen das Maximum der möglichen Einigkeit zu verwirklichen. Die Selbständigkeit der Fraktionen und der hinter ihnen stehenden Organisationen besteht dabei noch weiter fort.

Regierung und Reichstag haben in Zukunft also nicht mehr nur mit einer SPD- und einer USF-Fraktion, sondern mit einer Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen zu rechnen.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben durch ihren Zusammenschluß zur Arbeitsgemeinschaft eine Tat vollbracht, die von geschichtlicher Bedeutung ist und die bei den Massen des werktätigen Volkes freudigste Zustimmung finden wird.

Klare Entscheidung!

Von Philipp Scheidemann.

Der folgende Artikel ist noch vor der Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geschrieben, durch die eine veränderte politische Lage geschaffen ist.

Soll im Reichstag fortgewürfelt oder endlich eine klare Entscheidung getroffen werden? Unter dem juchharen Druck des Verfallers Diktats besteht die ganze Regierungskunft seit Jahr und Tag darin, von heute auf morgen das nackte Leben zu fristen.

Daß der jetzige Reichstag überhaupt bis heute hat zusammengehalten werden können, ist allerlei taktischen Kunststücken zu danken. Es sei nur daran erinnert, daß vor nicht langer Zeit das Kabinett Birck nur gerettet werden konnte, weil eine Anzahl Unabhängiger bei der Abstimmung über ein Mißtrauensvotum den Sitzungssaal verließ.

Nach der Ermordung Erzbergers gingen die Bogen im Lande sehr hoch, nach der Ermordung Rathenaus war die Erregung schier grenzenlos. Aber kurze Zeit nach dem einen wie nach dem anderen Morde waren und sind es im Grunde genommen nur noch die Arbeitermassen, die der Gefahr, in der die Republik schwebt, rücksichtslos zu Weibe zu gehen entschlossen sind.

Vielleicht steht die Sozialdemokratische Partei jetzt vor der folgenschwersten Entscheidung, die sie nach dem August 1914 zu treffen hat. Es darf nicht übersehen werden, daß die Partei jetzt mehr denn je zuvor mit den zu ernstem Vorgehen entschlossenen Gewerkschaften hand in Hand gehen muß.

Nur mit Ach und Krach hat die Getreidemlage gegen die Rechtsparteien und Agrarier gesichert werden können. Je wichtiger dann die Anklagen gegen die Kreise, aus denen die Fäden in die Mörderorganisationen laufen, herniederfallen, um so unerschämter wurde das Benehmen der Deutschnationalen.

Arbeitsplan des Reichstags.

Der Relieftenausschuß des Reichstags beschloß, in der Sonnabend-Sitzung neben kleineren Vorlagen das Gesetz über die Reichsstriminalpolizei in erster Lesung und das Gesetz über die Pflichten der Beamten gegen die Republik zur zweiten Lesung auf die Tagesordnung zu setzen.

Bisher 23 Verhaftungen.

Berlin, 14. Juli. (Amtliche Meldung.) In der Mord-sache Rathenau fahndet die Berliner politische Polizei noch gegenwärtig nach dem Ingenieur Fischer und dem Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern, sowie ferner nach einem gewissen Günther Brand, welcher der Teilnahme an der Mordtat insofern verdächtig ist, als er die Bereitstellung des zur Mordtat benutzten Kraftwagens vermittelt hat.

- 1. Als Täter der Student, frühere Zeitfreiwillige in der Ehrhardt-Brigade und Mitglied der Organisation C, Ernst Werner Tschow aus Berlin, der bei Ausführung der Tat den Kraftwagen gelenkt hat.
2. Als Teilnehmer der Kaufmann, frühere Seetodt Christian Karl Nisemann aus Schwerin, Angestellter des Deutschpölkischen Schuß- und Trugbundes, der die zur Mordtat benutzte Maschinenpistole hergegeben hat.
3. Als Teilnehmer der Fabrikant Johannes Ruchenmeister aus Freiberg in Sachsen, Mitglied des Deutschpölkischen Schuß- und Trugbundes, der den bei der Ermordung benutzten Kraftwagen zur Verfügung gestellt hat.
4. Als Teilnehmer der Fabrikant Franz Ruchenmeister aus Freiberg in Sachsen, Mitglied des Deutschpölkischen Schuß- und Trugbundes, aus dem gleichen Grunde wie zu 3.
5. Als Teilnehmer der Student Wilhelm Günther aus Berlin, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, des Deutschen Bundes und des Bundes der Aufrechten, der bei den Vorbereitungen zur Mordtat, insbesondere bei der Bereitstellung der Maschinenpistole, bei der Beschaffung einer Garage und bei der Beschaffung von Geld mitgewirkt hat.
6. Als Teilnehmer der Gymnast Hans Werd Tschow aus Berlin, früheres Mitglied der Organisation C und des Deutschpölkischen Schuß- und Trugbundes, aus dem gleichen Grunde wie zu 5.

- 7. Als Teilnehmer der Student Gustav Steinbach aus Dresden, früheres Mitglied der Brigade Ehrhardt und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, der bei der Vermittlung des bei dem Mord benutzten Kraftwagens mitgewirkt hat.
8. Als Teilnehmer der Handlungsgehilfe Rudolf Heinze aus Dresden, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, des Nationalverbandes deutscher Offiziere und des Bundes der Frontsoldaten, aus dem gleichen Grunde wie zu 7.
9. Als Teilnehmer der Kaufmann Werner Vogt aus Berlin, der die Vermittlung der zur Unterstellung des Kraftwagens benutzten Garage besorgt hat.
10. Als Begünstiger der Garagenbesitzer Richard Schütt aus Berlin.
11. Als Begünstiger der Garagenbesitzer Franz Distel aus Berlin, die beide nach der Tat Beweismittel, nämlich die bei der Mordtat benutzten Kleidungsstücke vernichtet haben.
12. Als Begünstiger der Schauspieler Waldemar Heugwig aus Schwerin, Mitglied des Deutschpölkischen Schuß- und Trugbundes, der zur Verschaffung eines Koffers bei der Vorbereitung der Flucht mitgewirkt hat.
13. Als Begünstiger der Kaufmann Rudolf Otto aus Bismar, Oberleutnant zur See a. D., der die Rörder nach der Tat durch Hergabe von Lebensmitteln unterstützt hat.
14. Als Begünstiger der Kaufmann Paul Bäsch aus Penzance, Mitglied des Deutschen Bundes, der die Rörder nach der Tat herbergt hat.
15. Als Mitwissender der Kapitänleutnant a. D. Karl Tillessen, Mitglied des Neudeutschen Bundes.
16. Als Mitwissender der Kapitänleutnant a. D. Manfred v. Kallinger, Mitglied der Organisation C.
17. Als Mitwissender der Hauptmann Walter Bede aus Berlin, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
18. Als Mitwissender der Korvettenkapitän a. D. Friedrich v. Abendroth aus Dresden, früherer Angehöriger der Brigade Ehrhardt, Mitglied der Organisation C und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
19. Als Mitwissender der Schüler Hans Stubenrauch aus Berlin, Mitglied des Bundes der Aufrechten.
20. Als Mitwissender der Kaufmann Erich Bode aus Mecklenburg, Gauleiter des Deutschpölkischen Schuß- und Trugbundes.
21. Als Mitwissender der Privatdetektiv Waldemar Riedrig aus Hamburg, Mitglied der Organisation C.
22. Als Mitwissender der frühere Seeoffizier Hartmut Bloas aus Hamburg, Mitglied der Organisation C und des Neudeutschen Bundes.
23. Als Mitwissender der Kaufmann Walter Richter aus Berlin-Tempelhof, Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.
Die zu 15 bis 23 Genannten haben sich dadurch strafbar gemacht, daß sie von dem Vorhaben des Mordes vor der Tat Kenntnis gehabt und es unterlassen haben, der Behörde Anzeige zu erstatten.
Die polizeilichen Ermittlungsorgane werden jetzt von der Berliner Polizei der Anklagebehörde beim Staatsgerichtshof jugelieft.

billigt, ist so selbstverständlich, daß man es garnicht erst zu betonen braucht. Die Art und Weise, wie solche Entgleisungen erregter Arbeiter im Reichstage bereits ausgeschaltet worden sind und weiter ausgeschaltet werden sollen, beweist klarlich, daß die Rechte gar nicht daran denkt, ihr die Arbeiter aufpeitschendes Verhalten zu ändern.

Die Arbeiterchaft sehnt sich nach einer großen Abrechnung. Die Auflösung des Reichstags wäre jetzt der Desinfektion eines Benzens an einer überheizten Maschine vergleichbar. In bürgerlichen Kreisen wünscht man die Auflösung freilich nicht. Das ist durchaus verständlich. Unverständlich aber ist die Behauptung, daß die Auflösung uns im Auslande schaden könnte. Das Gegenteil dürfte richtig sein. Dafür sprechen zahlreiche Auslandstimmen. Je entschiedener und unabweisbarer die Regierung zu erkennen gegeben hat, daß sie gewillt war und noch ist, die Reparationen soweit als möglich zu erfüllen, und je entschlossener sie jetzt daran geht, die Republik zu festigen und zu sichern, um so mehr wird das Ausland Vertrauen zu uns gewinnen müssen. Warum wurden denn Erzberger und Rathenau erst als Schufte, Schurken und Verräter verleumdet, bis sie schließlich ermordet wurden? Weil sie als demokratische Republikaner die Exponenten der Erfüllungspolitik waren! Und unsere Position sollte verschlechtert werden können, wenn wir den nicht einmal vor dem Morde zurückschreckenden monarchistischen Saboteuren der Erfüllungspolitik das Handwerk legen wollen?

Es besteht die große Gefahr, daß das Ausland die Festigkeit der Republik unterschätzt, die Stärke der Reaktionen aber überschätzt, wenn man diesen nicht mit der äußersten Rücksichtslosigkeit entgegentritt. Zu der Freiheit der Reaktion, zu der Verleumdungskampagne und den Morden, nun auch noch allerlei Waffenkunde — wie muß da den französischen Chauvinisten, denen die Besatzungsarmee noch nicht groß genug ist, das Herz im Leibe saßen!

Nichts könnte uns im In- und Auslande mehr schaden, als unentschiedenes oder nachgiebiges Handeln. Deshalb darf u n t e r bestimmten Mindestforderungen in den Besetzen zum Schutze der Republik, vor allem also auch in dem Besetze betreffend das Reichsstrafpolizeiamt und dem Besetzungsgesetz, nicht herabgegangen werden. Ist für die unerlässliche Mindestforderungen die erforderliche Mehrheit im Reichstag nicht zu haben, dann muß der Reichstag aufgelöst werden.

Hefferich und der Hochstapler.

Der Mann mit dem Blumenstrauß.

Nach der bekannten provozierenden Rede des Abgeordneten Hefferich erschien am Tage des Rathenau-Mordes im Reichstag ein junger Mann, um einen Blumenstrauß mit schwarzweißer Schleife für Hefferich abzugeben. Er wurde festgenommen, und die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums nahm Veranlassung, sich mit ihm, einem Herrn Fritz Werner Fleisch, näher zu beschäftigen. Das Ergebnis ist, daß Fleisch als ein Hochstapler entlarvt wurde. Eine Berliner Lokalkorrespondenz weiß über die polizeilichen Ermittlungen noch folgende Einzelheiten zu melden:

Am 9. Oktober 1899 in Berlin geboren, lernte Fleisch bei einer Bank und wurde dann dort auch angestellt, wegen Veruntreuungen aber bald wieder entlassen. Weil sein Vater den Schaden deckte, kam er mit einem blauen Auge davon. Dann kam der junge Mann zum Militär und brachte es bis zum Unteroffizier. Nach dem Kriege aber ernannte er sich aus eigener Macht zum Offizier, um eher Anschluss an politische Organisationen zu finden und sich in ihnen leichter betätigen zu können. Seinen Eltern machte der junge Fleisch so wenig Freude, daß sie ihm Gelegenheit gaben, nach Amerika zu gehen. Jenseits des großen Teiches tauchte er in Brasilien auf, wo er zunächst auf einem deutschen Unternehmen arbeitete. Bald spielte er den ehemaligen Marineoffizier und verschaffte sich dadurch Eingang in den Deutsch-Amerikanischen Kriegerbund und dann bald auch durch sein ge-

wandtes und sicheres Auftreten Zutritt zu den deutschen Kreisen in Brasilien.

Im März d. J. empfand er das Bedürfnis, nach Deutschland zurückzuführen. Seinem Hochstaplertriebe folgend, hatte er von dem deutsch-brasilianischen Betriebe, bei dem er beschäftigt gewesen war, Briefbogen mit Firmenausdruck heimlich mitgenommen, um sie betrügerisch zu verwenden. Am 13. Mai d. J. landete Fleisch im Hamburger Hafen. In der Hansestadt nahm er sofort seine Hochstaplerarbeiten auf. Er verstand es, das Gerücht zu verbreiten und glaubhaft zu machen, daß er ein Kasse des neuen brasilianischen Präsidenten sei und sich alsbald mit bedeutenden Exportgeschäften in Verbindung, denen er als Kasse des neuen Präsidenten und auch gestützt auf die entwendeten Geschäftsbriefbogen unter allerlei Vorspiegelungen mehr oder weniger hohe Beträge ablockte.

In einer Stelle erhielt er 50 000 Mk. Mit diesen in der Tasche fuhr er nach Berlin zu seinen Eltern. Ihnen erzählte er von seinen angeblichen Erfolgen in Brasilien, zu deren Beweis er den Eltern die erschwundenen 50 000 Mk. als erpartes eigenes Geld vorzeigte. Die Eltern waren hoch erfreut, daß der verlorene geglaubte Sohn sich wieder aufgerafft und als erfolgreicher Geschäftsmann durchgesehen habe.

Bei militärischen Kreisen und deutschholländischen Organisationsarbeitern fand der Zurückgewanderte um so leichter Aufnahme, weil er sich als Vertreter des Deutsch-Amerikanischen Arbeiterbundes, dessen Mitgliedschaft er sich erschwunden hatte, aufspielte. Die Ueberreichung des Blumenstraußes machte seiner Rolle ein Ende. Wie weit der Verhaftete mit politischen Organisationen in Verbindung gestanden und wie er sich dort betätigt hat, wird von der Abteilung Ia noch weiter untersucht.

Dieser braven Hochstapler haben die Blätter der Wärdertigen als einen „harmlosen jungen Mann“ hingestellt und mit sentimentalen Tränen beneht, weil er ob der Dreistigkeit seines Auftretens im Reichstage nicht gerade sanft behandelt wurde. Der „größte Propagator des Reichstags“, wie hefferich von einem demokratischen Redner genannt wurde, hätte den Blumenstrauß mit der Nordjardenscheife sicher noch in ferner Zeit als Siegeszeichen aufbewahrt, wenn nicht der deutschholländische Nord an Rathenau im Reichstage eine Stimmung auslöste, die den Ueberbringer dieses Straußes in Postzeigewahrsam und hefferich selbst in die angenehme Lage brachte, wenigstens von einem Hochstapler angeheimelt zu werden.

Friede im Ruhrbergbau.

Bochum, den 14. Juli 1922. (Sig. Drahtber.)

Die vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Verhandlungen zur endgültigen Beilegung der im Ruhrbergbau entstandenen ersten Differenzen durch Verzögerung des Rahmentariffes haben zu Einigungsvorschlägen geführt, zu denen heute eine Reviorkonferenz der freien Gewerkschaften in Bochum Stellung zu nehmen hatte.

Unter dem Druck der vom Bergarbeiterverband eingeleiteten Ründigungsaktion sind die Streikfragen aus dem Schiedspruch zum Rahmentariff durch einige nachfolgende Verhandlungen so gut wie restlos beseitigt worden. Als wichtigste Verbesserungen, wie zugleich auch in produktivtechnischer Hinsicht bemerkenswert, seien erwähnt:

1. wesentliche Verbesserung des Seelingsystems und des Mindestlohnes;
2. Vorverlegung der Lohnzahlungstermine;
3. Zahlung des sozialen Lohnes (Haushalts- und Kindergeld bei Kranz-Ferienzeiten);
4. Verbesserung der Lohnsätze für die südlichen Randbezirke;
5. Beilegung des Streites um den 1. Mai.

Der Referent zum Rahmentariffvertrage erzielte für sein von sachlichen Erwägungen geleitetes Referat stürmischen Beifall.

Die Diskussionsredner erkannten ohne Ausnahme an, daß die Bergarbeiterchaft einen großen Erfolg errungen habe, trotz der Anfeindungen und Verdächtigungen von seiten der bürgerlichen Presse, des christlichen Gewerkevereins und der kommunistischen Anarchisten, denen die „Rote Fahne“ und die gesamte A.P.D. ihre Hilfe geliehen hatte, galt es doch, einer Gewerkschaft während des Kampfes in den Rücken zu fallen. Gerade deshalb ist der Erfolg für die weitere soziale Entfaltung im Ruhrbergbau von besonderer Bedeutung.

Der Herr Offizier.

Von Joseph Roth.

Der Herr Offizier ohne Kaiser kommt sich überflüssig vor, wie ein Zeiger ohne Zifferblatt; wie ein Magnet, der weit und breit keine Eisensplitter findet; wie eine Magnethaube, die ihren Kurs verfehlt. Ihm ist fast so traurig zumute, wie wenn man das Kasino demoliert oder die Aranzier-Gale nach dem Wedding verschoben hätte. Während er so dasteht, gleitet unter seinen Füßen der Boden mit samt den gegebenen Tatsachen, wie die Tazette in den Unipart. Während er schreit, läuft ihm die Straße zuvor. Er bleibt gleichsam immer hinter dem Pflaster zurück, das er tritt. Vergeblich läuft er seinen eigenen Wegen nach. Die ganze Anwohnt hat längere Beine.

Hat doch die Geschichte selbst keine Anhaltspunkte mehr, seitdem sie nicht von Thronbesteigung zu Thronbesteigung geht. Ohne die Karrieren der Regierungsjubiläen vorzuziehen sich die Ereignisse. Da sie nirgends eine Grenze finden — was Wunder, daß sie da über's Ziel schießen?

Der Offizier steht, blickt er nach oben, einen Vorgesetzten. Er blickt höher und äugt den Regimentskommandanten. Ueber diesem entfählt sich in achtungsvollem Blick der Herr Minister. Aber just über dem Minister steht etwas!

Aust über dem Herrn Minister steht der Herr Offizier eine Zivilperson. Ihm ist, als wäre er eines Tages erwacht, und es hätte jemand über Nacht den Himmel von der Erde abgenommen, wie man etwa eine Kirchenkuppel abnimmt. Und statt des Himmels wölbt sich nun ein gewöhnlicher irdener Topfdeckel über dem Deutschen Reich.

So steht eine Republik aus, denkt der Herr Offizier. Der Allerhöchste Kriegsherr hat Holz in den Wäldern Hollands, dem Kronprinzen diktiert ein Jubel-Erinnerungen und vor der Gedächtnisfeier demonstriert Kanonensulter. Rekruten, die nicht einrückten — hat sein Stellungsbesetz sie erreicht? Befragte die Polizei? Wie ging die Ordnung dieses Staates in Scherben?

Der Offizier trägt einen schönen Anzug aus hellgrauem Tuch und es ist doch nicht der Rock des Kaisers. Wie kann diese Uniform nicht Rock des Kaisers sein? Ist sie aber Rock des Präsidenten — weshalb hat sie dann nicht den Schnitt eines Cutawags?

Zur Linken hängt ein längliches Eisen mit Postkarte versehen, einer silbernen Daube, baumelnd, wie eine reife Frucht. Auf den Schultern, links und rechts, wo andere die Verantwortung tragen, ruhen blühende Abzeichen des Rang. Weiße Klängen die Sporen, heiser gelaufen auf dem republikanischen Pflaster.

Der Herr Offizier geht über die Straße. Tages Metallgeräusch kündigt ihn an. Er fühlt sich fremd in der Welt. Er glaubt, vorwärts zu gehen. Verrückt gewordene Uhren zeigen vorgeschobene Stunden. Terroristen sitzen hinter den Zifferblättern, die Zeiger künstlich vorwärts treibend.

Nur im Kasino tickt unbeirrt eine Normaluhr mitteleuropäischer Kaiserzeit. Der Bursche bedient. Das Geräusch seiner zusammenschlagenden Haden korrigiert das Bewußtsein, das bereits bei der Republik angelangt war. Noch stehen Joseph von Baußs gemeinsame Werte in der Bibliothek. Die „Woche“ liegt im Refe-

zimmer. Ein Kaiser aus Gips steht umgestürzt auf dem Sockel. Die Kaffinwand, oktaförmige Hölzerplatten, bewahren jeden Besucher vor den Schallwellen der Gegenwart. Pletztwaite steht der Herr Offizier in die Ohren. Und sein Monokel vermittelt beherrschend schwarzweißen Schloß der Vergangenheit dem zufriedenen Auge.

„Herr Haenisch und die Brunner.“ Unter dieser vielversprechenden Ueberschrift bemüht sich in seiner Zeitschrift „Der Aufbruch“ Herr Professor Brunner um den Nachweis, daß er so etwas wie der künstlerische Vertrauensmann des sozialistischen Kultusministers gewesen sei. Dazu schreibt uns Genosse Haenisch:

Ich habe Herrn Brunner nur ein einziges Mal in meinem Leben gesehen. Das war im Oktober 1919, mindestens fünfzig Jahre bevor er seinen großen Keigenleibzug begann. Ueber Kunstfragen habe ich auch damals mit Brunner meiner Erinnerung nach keine Silbe gesprochen. Ich habe ihn vielmehr zu mir ins Ministerium gebeten, um von ihm als dem für diese Dinge nun einmal zuständigen Beamten des Berliner Polizeipräsidiums und des Wohlfahrtsministeriums mir einen Vortrag über Herstellung, Verbreitung und Bekämpfung der pornographischen Literatur (also ausgeprägter Schweineereien in Wort und Bild) halten zu lassen. Dieses Materials bedurfte ich damals für einen bestimmten parlamentarischen Zweck. Herr Brunner hielt mir einen zweifelhafte Vortrag über diese Materie, die eine rein polizeiliche Angelegenheit ist — ähnlich wie etwa der Kampf gegen den Schleichhandel mit Kokain. Er ließ mir einiges Material zur Durchsicht ha, das ich ihm noch im gleichen Monat mit ein paar höflichen Worten zurückgab.

Das sind meine ganzen „Beziehungen“ zu Brunner. Nur in dieser einen Angelegenheit habe ich mit ihm „zusammengearbeitet“. Sie hatte mit Kunst und Kunstfragen nicht das allergeringste zu tun. Die mehrfache mir nahegelegte Berufung des Herrn Brunner ins Kultusministerium habe ich stets rundweg abgelehnt. Denn als Sachverständiger in Kunstfragen ist mir Herr Brunner stets ganz unmöglich erschienen. Wie recht ich darin hatte, beweist mir aufs neue die Tatsache, daß Herr Brunner auch in seinem gegen mich gerichteten Aufsatz diese beiden Dinge hintereinander durcheinanderwirft.

Ich muß also Herrn Brunner gegenüber meine von ihm bestrittene Feststellung aufrechterhalten: Brunner ist in dem Sinne, den jedermann mit diesem Worte verbindet, d. h. mündelischen Polizeikampf gegen ernste Dichtwerke und gegen Werte der bildenden Kunst hat es im sozialistischen geleiteten Kultusministerium niemals gegeben!

Konrad Haenisch.

Die Berufungen Berliner Künstler nach München. Die Angelegenheit der Berufung hervorragender Berliner Künstler nach München nimmt nicht den erwarteten Verlauf. Bisher hat nach keiner der drei für ein Münchener Bebramt in Aussicht genommenen Künstler den Ruf angenommen. Von Bruno Paul, dem Direktor der Unterriehsanstalt unseres Kunstgewerbemuseums, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß er auch weiterhin den Münchener Bedingungen widersteht wird. Er hat in Berlin als Lehrer und Architekt einen Wirkungskreis gefunden, der ihn zum Bleiben veranlaßt. Ebenso

Mit erhebender Mehrheit, und zwar mit 373 gegen 15 Stimmen, wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die am 14. Juli in Bochum tagende Reviorkonferenz der freien Gewerkschaften des Ruhrgebietes stimmt dem Abschluß des Rahmentariffes für den Ruhrbergbau auf der Grundlage des Schiedspruches vom 22.—25. Mai einschließlich der dazu gehörigen protokolllarischen Erklärungen und den nachfolgenden Verhandlungsergebnissen zu. Der Verhandlungsvorstand wird beauftragt, von der Einreichung der eingelaufenen Stündigungszeitel a b z u s e h e n.“

Von der gesamten Ruhrbergarbeiterchaft wird erwartet, daß sie die allein durch das energische Vorgehen des Bergarbeiterverbandes erzielten Ergebnisse durch Stärkung der Reihen der Verhandlungsglieder befestigen helfe.“

Die Katastrophe, die die gesamte deutsche Wirtschaft aufs schwerste bedrohte, konnte im letzten Augenblick glücklicherweise abgewehrt werden. Dieses Ergebnis ist ein Erfolg des Reichsarbeitsministers; es ist ein Sieg des Bergarbeiterverbandes, dem die Unionisten und die Christlichen im freien Verein mitten im Kampfe in den Rücken fielen; es ist eine Garantie für die wirtschaftliche Weiterentwicklung.

Die Amsterdamer Einladung.

Ueber die von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale einberufene Besprechung zur Unterstützung der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen die Reaktion, an der auf besondere Einladung Vertreter der SPD., der USPD. und des ADGB. teilnehmen sollen, meldet die „Dena“, daß diese Konferenz am 19. Juli in Amsterdam stattfinden sollte und daß von der deutschen Seite die Genossen Weis, Crispian und Leipart daran teilnehmen würden. Sollten jedoch erst am 19. Juli die wichtigsten Abstimmungen über das Gesetz zum Schutze der Republik stattfinden, so würden die deutschen Mitglieder um eine kurze Verschiebung der Tagung nachsuchen.

Diese Meldung trifft nicht zu. Richtig ist vielmehr, daß Weis, Crispian und Leipart am gestrigen Tage ein gemeinsames Telegramm an das Internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam gerichtet haben, wonach sie infolge der schwierigen politischen Lage u n m ö g l i c h in der Lage wären, am 19. Juli für eine Auslandsreise von Berlin abzukommen. Sie beantragen daher, daß die geplante Konferenz in Berlin stattfinden.

Attentatsversuch auf Millerand.

Drei Schüsse auf den Polizeipräsidenten.

Paris, 14. Juli. Nach einer Hausdurchsuchung wurde heute vor-mittag 11¼ Uhr an der Ecke der Champs Elyées und der Rueue Marigny auf den Präsidenten Millerand, als dieser von der Parade zurückkehrte, ein Attentat verübt. Der Angreifer feuerte drei Revolvergeschosse auf den vermeintlichen Wagen Millerands ab, in dem sich jedoch nicht Millerand befand, sondern der Polizeipräsident, während Millerand in dem auf den Wagen des Polizeipräsidenten folgenden Wagen saß. Die Menge stürzte sich auf den Angreifer, der arg zugerichtet wurde, wandte sich dann dem Wagen des Präsidenten Millerand zu und rief: Fahren Sie nicht weiter! Man hat soeben geschossen! Millerand, der das Attentat nicht bemerkt hatte, gab Anweisung, den Weg fortzusetzen. Nachdem er bei seiner Ankunft im Elysee von dem Anschlag in Kenntnis gesetzt worden war, wurde er vom Polizeipräsidenten beglückwünscht. Der Angreifer ist ein gewisser Gustave Bouvet. Er ist 20 Jahre alt, Zeichner in einer Automobilfabrik und gehört der kommunistischen Partei an. Er ist mehrfach verurteilt und erklärte bei seiner Vernehmung, er habe geschossen, um die Aufmerksamkeit auf die Lage des Proletariats zu lenken.

Korsantj polnischer Ministerpräsident.

Warschau, 14. Juli. (M.T.B.) Nachdem der Staatschef Pilsudski auf die Forderung einer neuen Regierung verzichtet hatte, verammelte sich heute vormittag ein Hauptauschuh des Sejm zu einer Sitzung und beschloß, den Ministerpräsidenten durch das Parlament selbst wählen zu lassen. Gewählt wurde dann Korsantj mit 219 gegen 206 Stimmen.

dürfte der Architekt German Bestelmeyer, der an die Bauabteilung der Münchener Technischen Hochschule und gleichzeitig an die dortige Kunstakademie kommen sollte, Berlin erhalten bleiben. Er sagt, der in Berlin ein nicht gerade überanstrengendes Behauptung in der Leitung eines Meisterateliers an der Kunsthochschule inne hat, war für München für einen gleichen Posten vorgezogen. Außerdem dachte man daran, die Direktorstelle der Münchener Akademie Stenog zu übertragen. Und der Künstler hat sich auch bereit erklärt, erst den Münchener Ruf anzunehmen, aber eine Bedingung gestellt, die das wohl unmöglich machen dürfte. Er will nämlich sicher sein, in München auch eine Wohnung mit Atelier zu bekommen. Da die Ausschichten hierfür sehr gering sind, so ist vorläufig mit Stenog's Verbleiben in Berlin zu rechnen.

Zum „Friedericus-Rex“-Skandal. Wie wir seinerzeit mitteilten, haben an den Film-Aufnahmen, die die Cerepp-Gesellschaft für den dritten Teil des „Friedericus Rex“ in Jülichberg veranstaltete, zwei Reichsmehrregimenter teilgenommen. Die Kommandeure dieser beiden Regimenter sind jetzt ihres Postens enthoben worden. Die heftige Reaktion hat bei der Filmoberprüffstelle den Antrag gestellt, gegen den Cerepp-Film ein Widerspruchsverfahren einzuleiten, weil seine Durchführung geeignet ist, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Das preussische Finanzministerium oder gestattet derselben Cerepp-Gesellschaft, in den Räumen des Charlottenburger Schlosses Aufnahmen zu machen!

Die Zukunft des Düsseldorf'schen Schauspielhauses. Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Die Aussicht, daß das Düsseldorf'sche Schauspielhaus in absehbarer Zeit seine Pforten wieder eröffnen kann, haben sich gebessert. Einzeln Industrielle haben in den letzten Wochen Geldmittel für das Schauspielhaus mobil gemacht. Es sollen bereits für die nächsten drei Jahre je zwei Millionen sichergestellt sein, und auch die Stadt will mit einspringen. Die künstlerische Leitung soll in den Händen von Luise Dumant und Gustav Lindemann bleiben. Nun ist aber das ganze Ensemble auseinander gegangen, und die Leiter erklären, daß es Monate dauern werde, den Schauspielkörper wieder aufzubauen. Auf keinen Fall wird es also möglich sein, daß die Bühne wie üblich am 1. Oktober wieder zu spielen beginnt.

Auspflanzungen an der Nordspitze Rügens. Nachdem sich die schon früher von fiskalischer Seite unternommenen Versuche, an den Rügischen Steilufern Bäume und Sträucher anzupflanzen, vorzüglich bewährt haben, hat auch der Privatbesitz begonnen, diese Steilufer durch Bepflanzung gegen Erdrutsch zu sichern. Besonders geschieht dies an den steileren Stellen, wo eine Benutzung als Viehweide ausgeschlossen erscheint. So kann man in Ruitgarten, in der Nähe des Rabelhauses, wo sich der Badestrand entlang zieht, ein schon recht ansehnliches Gehölz erblicken. Dieser Teil des Strandes gehört dem Gemeindevorsteher, der auch im Dorfe selbst auf Erhaltung des Baumbestandes bedacht ist. Er hat die Ueberpflanzung auf eine höchst einfache Weise geschaffen, indem er alljährlich im Herbst Samen, die von seinen eigenen Bäumen stammen, an das Ufer wirft. Durch Schnee und Tauwetter gelangen die Körner dann in die Erde, keimen und wachsen zu kleinen Bäumen heran. Auch Bewohner der Nachbarorte haben ihre Ufer mit Keimern besetzt.

Sonntägliche Wanderziele.

Zum Stechlin.

Unmittelbar an der Nordgrenze der Mark liegt der Stechlin, einer der schönsten Seen, den die Mark und das benachbarte Mecklenburg aufzuweisen haben. Vom Stettiner Fernbahnhof fahren wir mit den Fernzügen der Nordbahn bis Fürstenberg in Mecklenburg. Sonntagsrucksacktour, die zur Hinfahrt schon am Sonntagabend von mittags 12 Uhr an berechnigt, 3. Klasse 43 M., 4. Klasse 30 M. Fürstenberg ist ein kleines lauberes mecklenburgisches Städtchen, eine der früheren „Dorcklänchingresidenzen“. Das Schloss liegt räumlich zwischen der Stadt und dem sich anschließenden preussischen Dorf Ravensbrück. Wir wandern südlich zur Stadt hinaus. Denselben der letzten Havelbrücke rechts ab, bald über die Bahr zum Rößlinsee, und auf schönem Pfad an seinem Südufer weiter. Vom Ende des Sees zum Wald; nach 5 Minuten links ab, über den Weg von Steinförde und in westlicher Richtung zum Peetshiee. Der Rießermwald ist in Buchenwald übergegangen. Auf dem Ostufer des Sees führt der Pfad am Fuß buchenbestandener Höhen weiter. Bald hinter Jagenstein 59/55 Aufstieg zum „Augustablick“ mit prächtiger Aussicht über den Peetshiee und seine waldige Umgebung. Nun in südwestlicher Richtung auf dem Fährweg über Dagow nach Reuglobow. Beide Orte werden als beliebte Sommerfrische von weit her aufgesucht. In Reuglobow befindet sich eine Glashütte, von der südlich des Orts nach Spuren erhalten sind.

Von Reuglobow führt westlich ein Weg durch den Wald, gleichsam eine Allee, von Rießern eingerahmt; er senkt sich allmählich und endet am Stechlinsee. Ein schönes Landschaftsbild tut sich hier auf: vor uns liegt der See mit der weit vorspringenden Halbinsel gegenüber und dem jenseitigen Ufer im Hintergrunde.

Fantane hat den Stechlin prächtig geschildert, seine Schönheit und Größe, seine Eigenart und die Sagen, die sich an ihn knüpfen. Ein Hahn soll auf dem Grunde des Stechlin sitzen, der rot und zornig an die Oberfläche kommt, wenn er gedregert wird, und das Wasser schlägt mit seinen Flügeln, bis der See braust und wallt. Auch mit fernem Ländern soll der See in geheimnisvoller Verbindung stehen, denn als 1759 in Vissalon das große Erdbeben war, sollen sich auf dem See Strudel, Leichter und Wasserhöfen gebildet haben. Die größte Tiefe des Stechlin beträgt 64,5 Meter. Wir wenden uns auf dem Uferpfad nach rechts; bald überschreiten wir den Bach, der aus dem Dagowsee kommt. Zur Rechten die bewaldeten Höhen, zur Linken den See, wandern wir bis zur Nordspitze. Von hier haben wir einen schönen Blick über den Stechlin in seiner ganzen achtunggebietenden Ausdehnung bis zum Fischerhaus am Südufer. Rüdowen sehen sich die bewaldeten Höhen rings um den See und bilden einen angemessenen Rahmen.

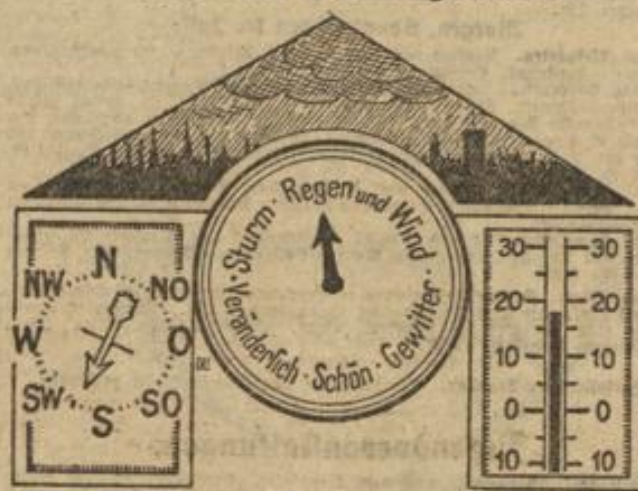
Vom Nordende des Stechlin auf dem mit Begleitern versehenen Wege durch prächtige Buchenhallen an dem wieder im Mecklenburgischen liegenden Großen und Kleinen Bliekensee und dem Renowsee vorbei nach Steinförde. Ab dann am Ufer der Steinhavel unterhalb bewaldeter Höhen mit Aussicht auf das einseitig überdeckte Ufer, unter der sich über den Weg wölbenden Lärche hindurch zur Steinhavelmühle. Ueber die Schleufe und durch das Mühlenhäufchen, das bei Eintritt der Dunkelheit abgeschlossen wird, an die Chaussee und auf dieser rechts nach Fürstenberg zurück. Weglänge 25 Kilometer.

Durch den Wildpark.

Vom Potsdamer Bahnhof mit den Vorortzügen bis Bahnhof Wildpark, bei den Zügen von der Stadtbahn in Potsdam umsteigen. Vom Bahnhof auf der Chaussee nach Werder zum Forsthaus Carlswald-Tor des Wildparks. Der Wildpark ist ein Waldgebiet von 875 Hektar Größe, das aus Laub- und Nadelbäumen besteht und 1845 angelegt wurde. Sobald wir das Gebiet des Wildparks betreten haben, folgen wir dem Wege nach dem Bagerischen Häuschen. Er führt an einer Futterstelle vorbei, dann zu einer Wiese. Hier geht links ein breiter Fußsteig hinauf zum Haus, das 1847 errichtet wurde. Nun denselben Fußsteig wieder hinab zum Fährweg und auf diesem 4 Minuten zurück zur Kreuzung mit einem Gestrümpf. Dem Gestrümpf folgen wir nach links bis zu einem Bollgraben. Hier zweigt halbwegs der Weg zum Großen Entenfänger-Berg ab. Er führt über einen zweiten Wallgraben und steigt allmählich an, bis er auf der Höhe weiter geht. Der Berg hat seinen Namen von einem Entenfänger, der hier in der Gegend angelegt wurde. Von der Höhe des 81,6 Meter hohen Berges schöne Aussicht nach Potsdam und Werder. Ein grün bewachsener Weg führt im Bogen hinab vom Berge

an eine schöne Allee. Hier geht nach 2 Minuten links der Weg zum Forsthaus Nordtor ab. Bei diesem Forsthaus verlassen wir den Wildpark. Wir wenden uns sogleich links ab, auf der Chaussee am Jaun des Wildparks entlang, die um den Kleinen und Großen Entenfängerberg herumführt. Als Werderscher Damm geht die Chaussee durch die sumpfige Niederung, in der links der Große Entenfänger-See liegt. Am Werderschen Fährhaus erreichen wir die Havel, die hier scharf erweitert vorüberzieht. Von der gegenüberliegenden Seite grüßt uns Werder, während die sich im Hintergrunde hinziehenden Werderschen Ostberge das Landschaftsbild einrahmen. Vom Fährhaus lassen wir uns zur Stadt überlegen, die auf einer Insel zwischen zwei Havelarmen liegt. Nach dem Landbau Kaiser Karls IV. (1375) gehörte Werder zu den Besitzungen des Klosters Lehnin. Die Mönche legten auf den Bergen Weidbau an, aus dem sich später der Obstbau entwickelte. Dieser bildet noch heute den Hauptertragszweig der Gemarkung. Die Verfrachtung des reifen Obstes nach Berlin geschieht jetzt in Kähnen, die von Dampfmaschinen angetrieben werden. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden, nach Berichten aus jener Zeit, ausschließlich Segel- und Ruderboote, sogenannte Schuten, benutzt, auf denen der Steuermann das Kommando führte und die Ruderer nicht Männer, sondern junge, kräftige Mädchen waren, ein heiteres, ja ausgelassenes Schiffsboot, das seinen anderen Schiffer ungenutzt vorüberließ. Auf der Brücke gehen wir zum Festland hinüber und bestiegen hier eine der das Ufer begleitenden Höhen, von denen sich ein prächtiger Blick über die Obstplantagen sowie über die zahlreichen weitausgedehnten Seen der Umgebung bis nach Potsdam hin bietet. Vom Bahnhof Werder treten wir die Heimfahrt an. Weglänge 14 Kilometer.

Wie wird das Sonntagswetter?



Bei Annäherung eines nicht besonders starken, jedoch umfangreichen Tiefdruckgebietes, das gegen Mitte der Woche von Süd-europa nach den Karpatenländern vordrang, traten am Sonntag nachmittag in Süddeutschland, Sachsen und Schlesien zahlreiche Gewitter und Regengüsse ein und pflanzten sich in den folgenden Tagen weiter nach Norden fort. Am ergiebigsten waren die Niederschläge in der Umgebung der Oder und Elbe, so fielen z. B. in Beuthen 70 mm Regen und Hagel, am Mittwoch nachmittag ebenfalls 81 mm Regen, von Mittwoch bis Donnerstag nachmittag innerhalb der Stadt Berlin 43, in Berlin-Steglitz 41 und in Krynitz 36 mm Regen. Dabei wehten ziemlich frische nördliche Winde und führten eine empfindliche Abkühlung herbei, so dass am Donnerstag die Temperaturen im mittleren Norddeutschland größtenteils unter 15 Grad Celsius fielen. Jetzt ist das Tief nach der Ostküste gelangt, von wo es nur langsam nordwärts weiterzuziehen scheint. Gleichzeitig rückt vom Atlantischen Ozean gegen Schottland ein neues Tiefdruckgebiet vor, das sich in einem breiten Ausläufer nordostwärts bis nach Nordfrankreich hinein erstreckt. Zwischen beiden Tiefdruckgebieten gelegen, haben wir am Sonntagabend und wohl auch anfangs am Sonntag zeitweilige Aufhellung des Wetters zu erwarten. Dabei dürften sich die Winde nach Süden drehen und das Thermometer wieder etwas höher steigen. Etwa am Sonntag vormittag oder gegen mittag wird aber wahrscheinlich neuer Regen eintreten und, obschon mit einigen Unterbrechungen, während des grösseren Teiles des Tages anhalten.

Die Helden vom Trittbrett.

In jenen letzten Monaten des Jahres 1918 und in den ersten des darauffolgenden Jahres, dann aber jedesmal bei Verkehrseinstellungen der Straßen- und Hochbahnen konnte man die Beobachtung machen, daß die Ring- und Vorortbahnen gestürzt wurden, und daß die Menschen, von dem Wunsch geleitet, auf jeden Fall mitzukommen, die Fahrt auf dem Trittbrett der Wagen mitmachten. Das Mitfahren in dieser Form soll natürlich nicht sein, ist verboten, steht unter Strafe und ist außerdem mit persönlicher Lebensgefahr verbunden. Das Wertwürdige aber, das sich bereits in jenen weit zurückliegenden Tagen zeigte, war, daß die Männer oft auf den Trittbrettern stehen blieben, selbst wenn ihnen schon wieder ganz bequem Platz war. Bitten, Wohnungen und Strofen helfen nichts. Da geschah das fürchterliche Unglück auf dem Nordring, das die Menschen reihenweise vom Trittbrett heruntermähete. Man meinte, dieses Unglück hätte doch endlich eine Warnung sein müssen. Umsonst. Am letzten Sonntag, als am frühen Nachmittage ganz plötzlich der Wettersturz kam und die Menschen in rasender Eile heimwärts stürzten, waren die Trittbretter der von Rahnsdorf kommenden Züge oberwärts dicht besetzt, und wieder zeigte es sich, daß manche selbst dann draussen blieben, wenn ihnen bereits wieder Platz war. Besonders eingegriffen ist diese Unsitte auf den Strecken nach Fürstbrunn und Hennigsdorf. Man fragt sich erstaunt und verwundert: Warum das? Die Lösung ist sehr schnell gefunden. Es ist immer die Eitelkeit, die die meist recht jugendlichen Trittbrettfahrer zu ihrem absonderlichen Tun anspornt. Man kommt sich wie ein rechter Held vor, wenn man in straffer Haltung mit trotzigem Mienen, dem wind vorbeistreichenden Wind preisgegeben, draussen steht, während die anderen gemächlich drinnen sitzen. Denn das Drinnen-sitzen ist doch kein Kunststück. Aber das Stehen auf dem Trittbrett! Und man schielt auch recht oft in die Scheiben, um gewahrt zu werden, ob die Drinnensitzenden sich mit dem kühnen Helden vom Trittbrett beschäftigen, und man hofft vornehmlich, dem weiblichen Teil der Mitfahrenden ganz kolossal mit seinem Heldentum zu imponieren. Wenn aber diese Bürschchen gar nicht auf die Mahnungen der Bahnbeamten und der verständigen Leute hören wollen, so könnte es vielleicht gar nicht schaden, wenn sich mal ein muskulöser Männerarm aus dem Abteil nach außen reckte und den jugendlichen Trittbretthelden einfach durch das Fenster ins Abteil zöge. Da hätten die Mädels mal was zu sichern und die übrigen Insassen in dieser trostlosen Zeit auch mal ein paar ungebührliche fröhliche Minuten. Uebrigens wollen jetzt auch die Eisenbahnerverwaltung gegen die Helden vom Trittbrett unmissverständlich und mit großer Strenge vorgehen, ebenso auch gegen die Raucher in Nichtraucherabteilungen.

Der „Satyr“ von Köpenick.

Ein sonderbarer Heistiger trieb im Frühjahr d. J. in der Umgebung von Köpenick sein Unwesen. Dort wurden mehrere Monate hindurch Frauen und selbst Schulfrauen von einem Indivuum stark erschreckt und belästigt, welches zu der eigenartig veranlagten Menschenklasse der sog. Exhibitionisten gehörte. Ahnungslos des Weges gehende Frauen wurden plötzlich von einem in halbnaektem Zustande befindlichen Manne, der aus einem Gebüsch auf sie zustürzte, angefallen, der sich ihamias benehmen, um dann blitzschnell wieder zu verschwinden. Unter dem Verdacht, diese Sittlichkeitsattentate verübt zu haben, wurde im März d. J. ein Mann namens Richard Kesselmann verhaftet, und zwar auf die Anzeige einer Frau Rektor C. hin, welche ihn als den Täter bezeichnete. Die Folge war die jetzige Anklage wegen Erregung öffentlichen Argernisses, Beleidigung und in einem Falle sogar wegen versuchter Raubthat, da er eine Frau tödlich angegriffen haben sollte. — Vor Gericht wurde vom Rechtsanwalt Dr. Stemmler als Verteidiger des Angeklagten unter Beweis gestellt, daß dieser selbst unmittelbar, nachdem er Kenntnis von der gegen ihn erhobenen Beschuldigung erhalten hatte, zu der Zeugin, Frau C., gegangen sei und dieser in Zeugen gegenwärtig erklärt habe, daß er bestimmt nicht der Täter sei. Wenn dieselbe Zeugin jetzt unter dem Einfluß der polizeilichen Vernehmungen usw. nach so langer Zeit plötzlich wieder erkläre, der Angeklagte sei der Täter, so beweise dies, daß vermutlich fälschliche Zeuginnen, die den Angeklagten jetzt nach Monaten wiedererkennen wollen, unter einer gewissen Wahn suggestion stehend diese Aussagen machen. Die Geschworenen hielten den Sachverhalt angeht dieser Tatsachen nicht für auflösbar und bestimmten die Schuldfragen, so daß der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurde.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

Die Ermahnung über solche Beschäftigung den eigentlichen Zweck unseres Hierseins nicht zu vergessen, dürfte wohl überflüssig sein?
 Ganz und gar. Ich mache Ihnen den Vorschlag, heute morgen, so zeitig als möglich, zu Herrn Ludolin zu gehen, da ich mir vorgenommen habe, ihm unbedingt, ohne irgendeine konventionelle Rücksicht zu nehmen, den Standpunkt klarzumachen, von dem abzugehen wir nicht gewillt sind.
 Ausgezeichnet; hier bin ich endlich einmal ganz Ihrer Meinung. Was allerdings jene andere Angelegenheit angeht, die mysteriöse Hebereinfimmung, von der Sie vorhin so begeistert gesprochen haben...
 Die vertragen wir vorläufig.
 Auch damit bin ich einverstanden. Und wenn es Ihnen paßt, so wollen wir vorläufig noch ein paar Stunden schlafen; ich für meinen Teil empfinde wenigstens das dringende Bedürfnis...
 So will ich nicht länger stören! Gute Nacht, Herr Doktor, und nichts für ungut! Um neun Uhr klopfen Sie an Ihre Tür und hoffe, Sie bereitzufinden!
 18.

Als Doktor Jordan und Klaus Garbislander das Zimmer des Polizeipräsidenten betraten, war darin eine stattliche Zahl von Personen versammelt, in deren Mitte Herr Ludolin sich befand, der sich gar keine Mühe gab, die Erregung zu verbergen, die ihn ergriffen hatte, und der den Eintretenden, als er ihrer ansichtig wurde, die Hand schüttelte und sie begrüßte. „Das ist heute eine Nacht gewesen!“ rief er dem jungen Schriftsteller zu. „Wissen Sie, daß ich um vier Uhr glücklich nach Hause gekommen bin? Wenn er wenigstens dafür gestanden hätte!“

„Wie ist das Verhör ausgefallen?“ erkundigte sich Garbislander.
 „Ich möchte am liebsten, um vor Aerger nicht zu erstarren, gar nicht davon sprechen! Etwas Ähnliches ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen!“ ereiferte sich der

Präsident. „Trotz aller Anstrengung ist es mir nicht gelungen, aus dem Burchen auch nur zwei zusammenhängende Worte herauszukriegen, irgendwelche Angaben von Wert und Wichtigkeit zu holen! Wenn er wenigstens gelogen, wenn er randaliert oder getobt hätte! Aber nichts von alledem, und nur dieses starre, konsequente Schweigen, das weder Güte noch Drohung zu brechen vermag.“

„Mir ist es nicht anders ergangen,“ ließ sich der Kommissar Pjatschow vernehmen, dem die Befriedigung über das Fiasko, das der Chef erlitten, deutlich anzumerken war. „Ich hätte den Herrn Präfekten sonst gewiß nicht bei nachtschlafender Zeit ins Bureau bemüht,“ sagte er, boshaft lächelnd, hinzu.

„Von welchem Burchen ist eigentlich die Rede?“ fragte der Arzt den Schriftsteller.

„Von dem Defraudanten, von dem ich Ihnen heute nacht erzählt habe,“ sagte Garbislander. „Wie heißt der Dieb eigentlich?“ fragte er den Präfekten. „Sie haben zwar gestern seinen Namen genannt, den ich jedoch wieder vergessen habe.“

„Faltin heißt er — Richard Faltin.“

„Wenn die Herren sich für Einzelheiten der Affäre interessieren sollten...“ ließ ein kindhaft kleingewachsener Herr mit einem schmalen, überaus elegant gekleideten Körperchen sich vernehmen, der sich zugleich vor dem Schriftsteller artig verneigte und ihm das zartgelb behandschuhete Händchen entgegenstreckte.

„Direktor Roos von der Handels- und Gewerbebank,“ stellte der Präfekt vor.

„Garbislander, Schriftsteller aus Wien,“ entgegnete dieser und sah in das selbstsam fahle, kahle, haarlose Gesicht des Bankdirektors, wobei es seinem scharf beobachtenden Blick nicht entging, daß der Mann eine Perücke trug, deren fuchsig-farbige ihre Auffälligkeit erhöhte, und die dem Alter ihres Trägers durchaus nicht angemessen war. Ueber den wimperlosen geröteten Augen sahen in lähnem Schwingung die mit dem Kohlenstift viel zu dick gezogenen Brauen. In lebenswürdig verbindlicher Weise, die der Grundzug seines Wesens zu sein schien, erklärte der Bankdirektor sich bereit, dem Schriftsteller die Auskünfte zu erteilen, die dieser verlangte.

Beide Herren zogen sich in eine Zimmerdecke zurück. „Der Betrug ist ungeschickt und plump genug inszeniert worden, da schon vierundzwanzig Stunden nach der Verübung

die Tat entdeckt war, und der verdächtige Faltin außerdem ein dergleichen sonderbares Benehmen zur Schau trug, daß man schon darum anzunehmen berechtigt war, daß etwas Außer-gewöhnliches in seinem Leben sich ereignet haben müsse. Er war von Grund auf verwandelt und auch für seine unmittelbare Umgebung nicht wiederzuerkennen.“

Jordan war neben Garbislander getreten. „Wie war er denn früher gewesen, vor Begehung des Diebstahls?“

„Niemand von uns hätte ihm ein derartiges Verbrechen zugetraut, keiner von denen, die ihn gut zu kennen glaubten. Richard Faltin war ein bescheidener, stiller, fleißiger, junger Mensch von sechsundzwanzig Jahren, der bisher der erglichsten Pflichterfüllung gelebt hatte.“

„Was haben Sie darauf zu erwidern, Doktor?“ konnte sich Garbislander nicht enthalten, triumphierend auszurufen.

„Die Parallele läuft weiter!“

„Welche Parallele?“ erkundigte sich der Bankdirektor.

„Wollen Sie doch bitte, fortfahren, Herr Direktor,“ bat der Schriftsteller eifrig. „Es war dies nur eine Bemerkung in Parantese und eigentlich nicht zur Sache gehörig.“

Richard Faltin steht seit fünf Jahren in Diensten der Handels- und Gewerbebank, hatte alle Aussicht, seine Stellung zu verbessern, und nur seiner Tüchtigkeit, seiner absoluten Vertrauenswürdigkeit hatte er es zu danken, daß er in jungen Jahren schon die Stellung eines Kassierers bekleiden durfte. Sie können sich wohl denken, meine Herren, daß für dieses Amt nicht der erstbeste in Frage kommen kann, daß vielmehr unter dem Beamtensmaterial gesucht und gesichtet wird, ehe man einen auswählt. Nicht daß die vorkommenden Fälle von Unredlichkeit etwa häufig wären, da wir ein unumschmeichelt strenges Kontrollsystem eingeführt haben, das eine Unregelmäßigkeit in der Geldgebarung beinahe vollständig ausschließt. Natürlich kann es trotz aller Wachsamkeit und Genauigkeit vorkommen, daß man einem besonders raffiniert angelegten Betrug zum Opfer fällt. Vor neun Jahren hat sich in unserem Institut der letzte derartige Fall ereignet. Der allerdings, um den es sich heute handelt, läßt sich mit jenem ganz und gar nicht vergleichen, da der Täter diesmal die Sache ganz plump, unbegreiflich derb und ungeschickt angefaßt hat, so daß sie eigentlich von vornherein für verloren gelten mußte.“

(Fortsetzung folgt.)

Verbandstag der Hutarbeiter.

In der Woche vom 26. Juni bis 1. Juli tagte im Breslauer Gemeindefesthaus die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Hutmacherverbandes. Aus dem Geschäftsbericht über die Periode 1919 bis 1922, den der Verbandsvorstand Staub erstattete, haben wir hervor, daß der Verband in verschiedenen Branchen die Kollegen und Kolleginnen fast reiflich organisatorisch erfasst hat. Von den Ende 1921 in der Seiden- und Klapphutbranche beschäftigten 265 Männern waren 263 organisiert, also 99 Proz.; von den in dieser Branche beschäftigten 826 Frauen waren 819 organisiert, das sind 98 Proz. Das gleiche Verhältnis zeigte die Wolstoffbranche: von 764 beschäftigten Männern waren 99 Proz., von 7860 beschäftigten Frauen 98 Proz. organisiert. Die Haarhutbranche: 1891 beschäftigte Männer, davon 98 Proz., 2271 beschäftigte Frauen, davon 95 Proz. organisiert. Die Filzwarenbranche: 581 beschäftigte Männer, 98 Proz. organisiert, 307 beschäftigte Frauen, 99 Proz. organisiert. Die Strohhut-, Damenfilz-, Umpeß-, Platan- und Fugbranche zählte 82 Proz. und unter 23.728 beschäftigten Frauen 82 Proz. Organisierte. In der Fugbranche gibt es noch eine große Masse Unorganisierte, und hier muß noch viel Arbeit geleistet werden. Die Fugmacherinnen rekrutieren sich vielfach aus den unteren Beamten und kleinen Handwerkerkreisen und fühlen sich als mehr als die Arbeiter.

Zum Punkt Stellungnahme der Generalversammlung zur Verschmelzungsfrage (Referent Fr. Staub) hatte der Vorstand beantragt: Die Generalversammlung müsse einen eventuellen Beschluß für Verschmelzung mit Dreizehnermehrheit treffen. Sie könne aber auch eine neue Urabstimmung beschließen und müsse dann festlegen, mit welcher Mehrheit die Urabstimmung entscheiden solle. Die Diskussionsredner sprachen sich in der Mehrzahl für Verschmelzung aus. Meinungsverschiedenheiten bestanden daneben über die beiden Fragen, welche Stimmenmehrheit für die Verschmelzung maßgebend sein und mit welchem Verband sie vor sich gehen solle. Es wurden neben dem Bekleidungsarbeiterverband noch der Kürschner- und der Textilarbeiterverband genannt. Das Ergebnis der Diskussion war die Ablehnung einer endgültigen Beschlußfassung durch die Generalversammlung; es wurde Entscheidung durch eine Urabstimmung mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Im Sinne eines interessanten Referats des Verbandsvorstandigen Staub über Tarifverträge, gleitende Lohnskala, Leistungslohn oder Soziallohn erklärte die Generalversammlung erneut, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Branchen des Berufs durch kollektive Arbeitsverträge zu regeln seien. Staub führte aus, daß die gleitende Lohnskala mehr Nachteile als Vorteile biete. Bei einem bestimmten Punkt der Teuerung passe sich

die gleitende Lohnskala nicht mehr den Teuerungsverhältnissen an. Eine gewisse Besserung wäre hier nur dann zu erwarten, wenn es möglich wäre, den Grundlohn, auf dem die gleitende Lohnskala aufbaut ist, zu ändern. Das Reichsarbeitsministerium hat kürzlich eine Statistik über die Grundlöhne veröffentlicht mit Zugrundelegung des Jahres 1919. Berechnet wurden die Jahre 1920, als die Teuerungsziffer 1000 betrug, der Tariflohn niedriger gewesen als der Marktlohn, wenn ein solcher damals eingeführt gewesen wäre. Dagegen war im Jahre 1921, als die Teuerungs-

POSTABONNENTEN

welche auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ legen und eine Unterbrechung in der Zustellung vermeiden möchten, müssen die Erneuerung des Postbezuges in den Tagen vom 15. bis 20. d. M. bei dem zuständigen Postamt vornehmen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

ziffer über 1500 betrug, der Tariflohn höher als der Lohn bei gleitender Skala. Es ist daher besser, bei dem jetzigen System der Lohnzahlung zu bleiben. Der Redner erklärte sich weiter für den Soziallohn, aber nur, wenn er durch die Gesetzgebung erreicht werde; die Gewerkschaften allein könnten die Frage nicht lösen.

Ueber Betriebsräte und Gewerkschaften sprach das Vorstandsmitglied Bröckle. Seine Ausführungen gliederten in der Forderung, den Verbandsvorstand zu ermächtigen, für die Schaltung von besetzten Kollegen und Kolleginnen aus den Reihen der Betriebsräte und Funktionäre besondere Aufwendungen zu machen und den Betreffenden die Teilnahme an Kursen zur Weiterbildung in volkswirtschaftlichen und arbeiterrechtlichen Fragen zu ermöglichen. Dieser Resolution wurde gegen fünf Stimmen zugestimmt.

Sämisch-Luckenwalde gab einen Bericht über den 9. internationalen Hutarbeiterkongress in Zürich. Es wurde dort beschlossen, den Sitz des Internationalen Hutarbeiterverbandes nach Wien zu verlegen. Von den anderen Arbeiten des Kongresses sei bemerkenswert die Festlegung auf Beibehaltung des Achtstundentages und die Forderung nach Schutzmaßnahmen gegen Quecksilbervergiftung im Beruf.

Der Bericht der Statutenberatskommission löste eine zeit-

weise lebhafter Diskussion mit nachfolgender Abänderung verschiedener Anträge aus. Als tägliche Streifenunterstützung wurde ein vierwöchentliches Beitrag bestimmt, nebst 6 M. Kinderzulage für Betriebsratete.

Aus der Partei.

Internationale Arbeiterbildung.

Eine internationale Konferenz der Arbeiterbildungszentralen wird am 15. und 17. August in Brüssel stattfinden. Die Konferenz wurde bereits Anfang dieses Jahres von der belgischen Arbeiterbildungszentrale einberufen. Sie wird in dem Lokal der Arbeiterhochschule in Brüssel-Nele togen, in dessen Internatsräumen die Delegierten untergebracht werden sollen.

Dreizehn Arbeiterbildungszentralen haben bis jetzt ihre Teilnahme an dieser Konferenz angemeldet, zu der sie insgesamt 24 Vertreter entsenden werden.

Zu den bis jetzt angemeldeten Ländern gehören Großbritannien, Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika, Italien, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Weitere Anmeldungen stehen noch in Aussicht. Die Liste der vertretenen Bildungszentralen enthält gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Organisationen, die sich mit der Bildung der Arbeiterklasse im Sinne der Vorbereitung zu den verschiedenen Formen des Klassenkampfes beschäftigen.

Die Konferenz wird besonders dazu dienen, einen Austausch von Informationen über die Tätigkeit der vertretenen Organisationen und über die von ihnen gesammelten Erfahrungen zu ermöglichen. Sie wird aber auch über gewisse praktische Vorschläge zu beraten haben, wie die Organisation des Austauschs von Schülern zwischen den Arbeiterhochschulen der verschiedenen Länder.

Der Konferenz wird eine Ausstellung von Material vorgelegt, die die Tätigkeit der vertretenen Organisationen illustriert wird. Diese Ausstellung wird von 1. bis zum 18. August in Antwerpen stattfinden, damit den Teilnehmern an dem internationalen Arbeiterjugendtag der am 13. August in dieser Stadt zusammentritt, Gelegenheit zum Besuch geboten wird. Die Konferenzteilnehmer werden am 15. August von Brüssel aus diese Ausstellung besuchen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Am 15. d. M. abends 8 Uhr im Saal des Deutschen Kultur-Vereins, Berlin, Vortrag des Schriftstellers Paul Bergfelder.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater.
Operetten-Gastsp.
Tägl. 7 1/2 Uhr

Die beiden Nachtigallen

Deutsch. Theat.
11 1/2 Potasch und Perlmutter
12 1/2 Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele

Der Schilfputz

Die erste Nacht

Central-Theater
Ein Prachtstück

Intimes Theater

Neues Operett.-Th.

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

Operetten-Theater

TYPOGRAPHIA

Sonntag, den 16. Juli 1922, in der
Brauerei Friedrichshagen a. Königst.

Sommer-Konzert

Anfang 4 Uhr: Eintritt 4,00 Mk.,
Tanz 3,00 Mk.

Urania

Rügen

Wiedersehen

Varieté-Spielplan

Rechen gestaltet!

Relinshausen-Th.

Stettiner

Wien-Berlin

Das Herz

4 Uhr Kaffee

m. Inl. Tanz-

Verführungen

Kalle und warme Klöße

Kale Weinwang!

Perser-Teppiche

Klaviere, Flügel

Rennen zu Grunewald

Sonntag, d. 15. Juli

nachm. 3 Uhr

Zim Limmofun

Leinwand, Stoffe, etc.

Belanntmachung.
Der Bürgermeisterliche in dieser Stadt in meine Wägen des bisherigen...

Garderobe
für Herren und Damen
billig

Möbel
sehr preiswert
gegen bar und auf bequeme Teilzahlung

Beiser
Lothringer Str. 67.

Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 63, Lindenstraße 2

Möbel noch billiger!
in großer Auswahl
Bar od. Teilzahlung

Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 5, 1. Etg. Akzent.

Vorwärts-Inserate
verbürdeten Erfolg!

Monopol-Trinkbranntweine

Gut Preiswert Rein

Leere Monopol-Flaschen

wenn unbeschädigt und nicht verunreinigt werden jetzt zu **7 Mark** von den Verkaufsstellen zurückgenommen

Groß-Vertrieb für Bezirk Berlin und Brandenburg:
Monopolbranntwein-Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Amt Moabit 2903 Berlin NW 23 Brücken-Allee 10

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83/85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Tel.: Amt Norden 853, 854, 855, 856.

Achtung! Urabstimmung Achtung!

Kolleginnen und Kollegen!
Die Urabstimmung zur Wahl des Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Berlin findet am

Sonntag, den 15. Juli, nachm. 1-5 Uhr,

Sonntag, den 16. Juli, vorm. 10-1 Uhr,

Montag, den 17. Juli, nachm. von 2-7 Uhr,

in nachstehenden Lokalen statt:

- Norden:**
 1. Koh. Hauptstr. 12.
 2. Babelsberg, Bismarckstr. 10.
 3. Kapp. Kappelerstr. 10.
 4. Zimmer. Zimmerstr. 10.
 5. Koll. Kollateralestr. 10.
 6. Götze. Götzestr. 10.
 7. Koll. Kollateralestr. 10.
 8. Koll. Kollateralestr. 10.
 9. Koll. Kollateralestr. 10.
 10. Koll. Kollateralestr. 10.
- Nordosten:**
 21. Koll. Kollateralestr. 10.
 22. Koll. Kollateralestr. 10.
- Osten:**
 23. Koll. Kollateralestr. 10.
 24. Koll. Kollateralestr. 10.
 25. Koll. Kollateralestr. 10.
 26. Koll. Kollateralestr. 10.
 27. Koll. Kollateralestr. 10.
 28. Koll. Kollateralestr. 10.
 29. Koll. Kollateralestr. 10.
 30. Koll. Kollateralestr. 10.
- Südosten:**
 31. Koll. Kollateralestr. 10.
 32. Koll. Kollateralestr. 10.
- Süden:**
 33. Koll. Kollateralestr. 10.
 34. Koll. Kollateralestr. 10.
 35. Koll. Kollateralestr. 10.
- Südwesten:**
 36. Koll. Kollateralestr. 10.
 37. Koll. Kollateralestr. 10.
 38. Koll. Kollateralestr. 10.
- Westen:**
 39. Koll. Kollateralestr. 10.
 40. Koll. Kollateralestr. 10.
 41. Koll. Kollateralestr. 10.
 42. Koll. Kollateralestr. 10.
 43. Koll. Kollateralestr. 10.
 44. Koll. Kollateralestr. 10.
 45. Koll. Kollateralestr. 10.
 46. Koll. Kollateralestr. 10.
 47. Koll. Kollateralestr. 10.
 48. Koll. Kollateralestr. 10.
 49. Koll. Kollateralestr. 10.
 50. Koll. Kollateralestr. 10.
 51. Koll. Kollateralestr. 10.
 52. Koll. Kollateralestr. 10.
 53. Koll. Kollateralestr. 10.
 54. Koll. Kollateralestr. 10.
 55. Koll. Kollateralestr. 10.
 56. Koll. Kollateralestr. 10.
 57. Koll. Kollateralestr. 10.
 58. Koll. Kollateralestr. 10.
 59. Koll. Kollateralestr. 10.
 60. Koll. Kollateralestr. 10.
 61. Koll. Kollateralestr. 10.
 62. Koll. Kollateralestr. 10.
 63. Koll. Kollateralestr. 10.
 64. Koll. Kollateralestr. 10.
 65. Koll. Kollateralestr. 10.
 66. Koll. Kollateralestr. 10.
 67. Koll. Kollateralestr. 10.
 68. Koll. Kollateralestr. 10.
 69. Koll. Kollateralestr. 10.
 70. Koll. Kollateralestr. 10.
 71. Koll. Kollateralestr. 10.
 72. Koll. Kollateralestr. 10.
 73. Koll. Kollateralestr. 10.
 74. Koll. Kollateralestr. 10.
 75. Koll. Kollateralestr. 10.
 76. Koll. Kollateralestr. 10.
 77. Koll. Kollateralestr. 10.
 78. Koll. Kollateralestr. 10.
 79. Koll. Kollateralestr. 10.
 80. Koll. Kollateralestr. 10.
 81. Koll. Kollateralestr. 10.
 82. Koll. Kollateralestr. 10.
 83. Koll. Kollateralestr. 10.
 84. Koll. Kollateralestr. 10.
 85. Koll. Kollateralestr. 10.
 86. Koll. Kollateralestr. 10.
 87. Koll. Kollateralestr. 10.
 88. Koll. Kollateralestr. 10.
 89. Koll. Kollateralestr. 10.
 90. Koll. Kollateralestr. 10.
 91. Koll. Kollateralestr. 10.
 92. Koll. Kollateralestr. 10.
 93. Koll. Kollateralestr. 10.
 94. Koll. Kollateralestr. 10.
 95. Koll. Kollateralestr. 10.
 96. Koll. Kollateralestr. 10.
 97. Koll. Kollateralestr. 10.
 98. Koll. Kollateralestr. 10.
 99. Koll. Kollateralestr. 10.
 100. Koll. Kollateralestr. 10.

Weinberger Brunnenstr. 25 Wegen Räumung meines Lagers verkaufe ich zu spottbilligen Preisen braune Damenhalschuhe in allen Größen.

Durchführung des Amnestiegesetzes.

Das am 11. Juli vom Preussischen Landtag beschlossene Gesetz über Gewährung von Straffreiheit kann erst verkündet werden, wenn festgestellt, daß der Staatsrat keinen Einspruch erhebt. Um aber die schleunigste Durchführung des Gesetzes nach seinem Inkrafttreten zu sichern, hat der preussische Justizminister schon jetzt durch Rundverfügung vom 13. Juli sämtliche Justizbehörden mit den erforderlichen notwendigen Anweisungen versehen und insbesondere angeordnet, daß in den Strafakten, die unter das Gesetz fallen, Vollstreckungshandlungen nicht mehr vorgenommen werden, und daß die Vollstreckung von in der Verbüßung begriffenen Freiheitsstrafen, soweit sie zweifellos unter das Gesetz fallen, unterbrochen wird.

Es handelt sich um die Bestimmungen des Amnestiegesetzes, wonach insbesondere Straffreiheit gewährt wird für Straftaten, die mit den politischen Unruhen im Frühjahr 1921 oder mit der Abwehr des Kapp-Putsches sowie mit Rundgebungen für die republikanische Staatsform anlässlich der Ermordung Erzbergers zusammenhängen.

Löwenfelds Kapp-Erlaß.

Das „Berliner Tageblatt“ stellt die Behauptung auf, der Abgeordnete Genosse Vogel habe im Reichstag während der letzten Wilscharddebatte von einem kappfreundlichen Erlaß des Kapitänsleutnants v. Löwenfeld gesprochen, sei jedoch dem Wunsch des Reichswehrministers um Ueberlassung des Originalbefehls nicht nachgegeben. Dadurch wäre die Richtigkeit des kappfreundlichen Erlasses erwiesen. Tatsächlich hat der Abgeordnete Genosse Vogel dem Reichstanzler die ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen, darunter ein Abdruck des Befehls, zur Verfügung gestellt.

Weiter behauptet das genannte Blatt, daß sich die Demokratische Reichstagsfraktion um Ueberlassung des Materials an die Fraktion der Sozialdemokraten gewandt habe, ohne daß dem entsprochen worden wäre, da sich Vogel nur auf die Meldung eines schleswig-holsteinischen Blattes habe berufen können. Richtig ist, daß Genosse Vogel dem Abgeordneten Petersen nach Schluß seiner Rede erklärte, daß er die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, in der der wörtliche Befehl gefunden wurde, dem Reichstanzler übergeben habe und deshalb nicht in der Lage sei, vorläufig ein weiteres Exemplar der Zeitung zu übermitteln. Inzwischen ist die von Vogel angeforderte Zeitung eingetroffen und dem Abgeordneten Petersen sofort übermittleit worden.

Die Lichterfelder Kadetten.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Es war einmal eine Anzahl Lichterfelder Kadetten, die sich am 27. Januar, zu „ihres“ Kaisers höherer Ehre, in ihrer Anstalt ungewöhnlich rüchellos benahmten, ihre Hausdame beschimpften und anpöbelten und auch sonst allerhand auf dem Gewissen hatten. Die Angelegenheit erregte damals großen Sturm, es gab im Landtag Interpellationen und gewaltige Angriffe von rechts und von links. Nur der für die Frage zuständige Kultusminister Dr. Böllig bewahrte ruhiges Blut, indem er seinen rechtsstehenden Gegnern die Zusicherung gab, er werde mit fester Hand zugreifen und sich durch kein Geschrei von den von ihm für erforderlich gehaltenen Maßnahmen abbringen lassen. Das alles ist erst ein paar Monate her und muret doch heute schon fast wie ein Märchen an. Was ist in Wirklichkeit geschehen, auf welchem Wege ist die verleihte Disziplin — von der Ehre der beleidigten Hausdame ganz zu schweigen — gehandelt worden? Es war den relegierten Schülern von vornherein freigestellt, andere Schulen zu besuchen, um sich dann dem Examen zu unterziehen. Durch eine Liebenswürdigkeit des Kultusministers fand ein Teil von ihnen Aufnahme in dem Internat in Walsdorf, d. h. der Staat zahlt auch für diese künftigen „Führer der Nation“ einen erheblichen Zuschuß. Und nun kommt das Erlaunische: durch einen besonderen — nennen wir es Gnadenerschlag des Ministers wurde der hoffnungsvollen Jugend erlaubt, sich vor Ablauf des Semesters dem Abiturientenexamen zu unterziehen, soweit die Schüler auf Grund ihrer in Lichterfelde eingehaltenen schriftlichen Arbeiten bereits dort die Zulassungserlaubnis zur mündlichen Prüfung erhalten hatten. Von dieser gütigen Erlaubnis machten die

so daß in nicht allzu langer Zeit an der Nordspitze Müngens ein kleines Wäldchen entstehen wird, das man bisher immer schmerzlich vermisse. Das Beispiel verdient in unserer Zeit der rücksichtslosen Holzschläge Nachahmung.

Eine Erdbebenkatastrophe der Arzzeit wird durch Funde enthüllt, die in dem Still-Tal im nördlichen Britisch-Kolumbien gemacht worden sind. Die Eingeborenen haben um dieses Tal stets einen weiten Bogen gemacht, weil sie es für von bösen Geistern bewohnt hielten. Wissenschaftliche Untersuchungen, die hier vorgenommen wurden, ergaben, daß der Still-Tal eine tiefe Furche durch das weiche Gestein geschnitten hat, wodurch Knochen von vorhistorischen Tieren freigelegt wurden. Diese Knochen sind nicht fossil; es scheinen Hirschknochen und Hühnerknochen von einigen ungebeter großen Rastböns zu sein. Von diesen Tieren wurden noch Fußspuren mit drei Zehen von 18 Zentimeter Länge gefunden, die ganz deutlich im Sandstein abgedrückt waren. Aus den hohen Felsenauern des Tales und der Art, wie das Tal an jedem Ende von gewaltigen Felsenauern abgeschlossen ist, kann man schließen, daß ein Erdbeben vor Millionen von Jahren die Rastböns hier plötzlich gefangen setzte, während sie an den Ufern des Flusses schliefen oder ihre Nahrung suchten, und daß sie dann ertranken, als die Gewässer langsam das Tal überschwemmten.

Kosmische Zwillingeprähle. Im Jahrbuch der französischen Akademie der Wissenschaften für 1922 veröffentlicht die in Paris lebende Witwe des wiesbaden Millionärs Guzman folgende Bekanntmachung:

Pierre Guzman-Preis (100 000 Franken). Dieser Preis wird ohne Rücksicht auf die Nationalität jenem verliehen werden, der das Mittel finden wird, sich mit einem Stern in Verbindung zu setzen, das heißt, einem Stern ein Zeichen zu geben und auf dieses Zeichen eine Antwort zu erhalten. Ich schließe den Planeten Mars aus.

Daß Frau Guzman den Mars ausschließt, ist nach den bösen Erfahrungen, die die Welt in den letzten Jahren mit ihm gemacht hat, erklärlich. Eine Verständigung mit dem Mars ist auch, wie zahlreiche Friedenskongresse ergeben haben, ein Ding der Unmöglichkeit. Dagegen dürfte man mit unserem anderen Nachbarn, der Venus, mehr Glück haben. Sie ist leicht zugänglich und wird auf das gegebene Zeichen, wenn es nur das richtige ist, sicherlich reagieren. Wir raten daher den Preisbewerbern zu einer kosmischen Anbahnung nach dieser Richtung hin.

Guge Zuhls in von der Direction des Deutschen Theaters für eine Verlängerung seines Gastspiels als „Erlaß“ im „Raub der Sabinerinnen“ genommen worden. Das Stück wird vom 19. ad im Deutschen Theater gegeben.

Schaffadin, der berühmte russische Sänger, ist in Berlin eingetroffen. Er beschäftigt, einige Zeit in einem deutschen Amort zu bleiben.

Alfred Bruch, dessen Spiel „Der singende Fisch“ kürzlich in Berlin aufgeführt wurde, hat die beschriebene Ehrennabe der Gesellschaft der Bühnen, Freunde in Chemnitz, in Höhe von 4000 M., erhalten.

Rembrandt Gemälde „Paulus im Gefängnis“, das in der Nacht zum Montag aus dem Staatstheater Museum gestohlen war, ist wieder zur Stelle gebracht. Als Täter und Helfer sind sechs Personen festgenommen worden.

„Gemaßregelten“ natürlich regen Gebrauch, und Ende Juni und Anfang Juli des Jahres unterzogen sie sich in Walsdorf der Abiturientenprüfung, wobei die Tatsache kaum erwähnt zu werden braucht, daß das Examen von allen Bestanden wurde.

Die politische und vor allem die erzieherische Wirkung auf die Jungen wird wahrscheinlich eine ganz großartige sein. Aus Achtung vor dieser Möglichkeit eines republikanischen Ministers werden die radaufstigen Wilhelmisten sicher schleunigst volksparteiliche Verteidiger der Republik werden!

Bravo, Herr Minister!

Für die Reichswehr besteht bekanntlich ein Verbot der Teilnahme an Filmaufnahmen. Trotzdem hatten sich vor einiger Zeit Reichswehrtruppen bei der Herstellung des dritten Teiles des Films „Friedericus Rex“ im Lager in Jüterbog beteiligt. Die zwei Kommandeure der beteiligten Truppen sind deshalb zur Verantwortung gezogen und nunmehr ihres Postens enthoben worden. — Hoffentlich sollen die Herren nicht noch die Treppe hinauf!

Der Landbund verwahrt sich.

Der Reichslandbund hat zur Annahme der Getreidemlage folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die Getreidemlage ist Gesetz geworden, Gesetz geworden gegen den ausdrücklichen Widerspruch der deutschen Landwirte, der durch die Spitzenorganisationen der freien Berufsvereinigungen und die öffentlich-rechtliche Vertretung der Landwirtschaft und deren Unterordnende sowie durch zahlreiche Proteste aus den Reihen des deutschen Landvolkes der Regierung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Regierung und die Mehrheit des Reichstages haben geglaubt, diesen einmütigen Protest unbeachtet lassen zu sollen, während an den gleichen Stellen selbst den leisesten Wünschen und Winken, z. B. der Gewerkschaften, Folge geleistet zu werden pflegt. (1) Auf die Unmöglichkeit der Durchführung der Getreidemlage ist vom Reichslande in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Parlamenten, sowie in Eingaben an die Regierung so häufig hingewiesen worden, daß wir hier auf Wiederholungen verzichten können. Wir beschränken uns darauf, festzustellen, daß nach unserer Ueberzeugung die Durchführung des Umlagegesetzes von schwerwiegenden Folgen begleitet sein

wird, Folgen, für die nicht die Landwirtschaft, sondern allein die Regierung verantwortlich gemacht werden muß.“

Wer die Tonart der Landbündler kennt, kann aus dieser neuen Erklärung nur entnehmen, daß der Reichslandbund zum Widerstand gegen die Erfüllung der Umlage aufzufordern will. Daß er die Regierung für die Folgen verantwortlich machen will, wird ihr hoffentlich nur ein Ansporn sein, um so energischer auf die Durchführung der Umlage zu dringen. Stellt sich doch nach den neuesten Beschlüssen der Wäcker in Berlin schon in diesen Tagen ein marktfreies Brot auf 30 M.

Bezeichnend für die Unwahrhaftigkeit und die demagogische Lektüre des Landbundes ist, daß er mit keinem Wort die Erleichterungen erwähnt, welche die rechte Form der Umlage den Landwirten bringt. Das ist recht landbündlerischer Dank für das Entgegenkommen der Verbraucher, die inmitten der maßlosen Teuerung die ebenso maßlose Bereicherung der Agrarier erleben — Dank besonders auch an diejenigen Politiker, die den Wünschen der Landwirte nicht weit genug entgegengekommen sind.

Oberschlesischer Hilfsbund. Der Reichspräsident hat dem Vorschlag im Ehrenausschuß des vor einiger Zeit gegründeten Oberschlesischen Hilfsbundes, dessen Aufgabe der Schutz des Deutschtums, sowie die Aufrechterhaltung deutscher Kultur in Oberschlesien ist, übernommen. In diesen Ehrenausschuß des Oberschlesischen Hilfsbundes sind inzwischen, wie wir erfahren, weiter eingetreten: der Reichstanzler, die Staatspräsidenten von Württemberg und Baden, die Ministerpräsidenten von Preußen, Bayern und Sachsen, die Oberbürgermeister von Hamburg, Wübel und Bremen, die Präsidenten des Reichstags, des Landtags, des Reichswirtschafts- und des Landwirtschaftsrates, hervorragende Gewerkschaftsführer und Vertreter. Wie wir hören, stiftete der Reichspräsident dem Oberschlesischen Hilfsfonds aus dem ihm zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds die Summe von 100 000 M.

Der gefährliche „Wahre Jakob“. Auf's neue ist der „Wahre Jakob“, das alte sozialistische Blättchen, durch die Befehlsgewalt im Rheinlande verboten worden. Sowohl die Einfuhr wie der Verkauf des Blattes sind für das Gebiet der Brückenköpfe Duisburg und Düsseldorf untersagt, weil, wie es in der amtlichen Bekanntmachung heißt, „er durch seinen den Alliierten feindlichen Inhalt geeignet ist, der Würde und Sicherheit der Befehlstruppen Abbruch zu tun“.

Gegen Kommissjustiz und Wucher.

Gestern wurde im Reichstag der Gesetzentwurf über die Schaffung eines Militärgerichts im Kieler Hafen nach längerer Aussprache, in der die Abgg. Eggertsd (Soz.) und Dismann (N. Soz.) ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf erklärten, in allen drei Lesungen angenommen.

Der Entwurf eines Gesetzes über den deutschen Nationalfeiertag geht ohne Debatte an den Rechtsausschuß. Das Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse wird dem Reichswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht. Der Entwurf sieht die Errichtung besonderer Disziplinarakademien für bestimmte militärische Vergehen vor, wodurch eine Beschleunigung in der Erledigung dieser Fälle herbeigeführt werden soll.

Abg. Hünlich (Soz.):

Wir sehen in diesem Gesetzentwurf den wohlberechneten Plan, die beseitigte Militärgerichtsbarkeit in ihren Grundzügen wieder einzuführen. Würde der Entwurf in der vorliegenden Fassung Gesetz, dann würde es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann ein gründlicher Ausbau der früheren Militärgerichtsbarkeit wieder erfolgt. Den Freunden des Gesetzentwurfes erklären wir, daß die äußerlich sehr harmlos aussehende Sache nur der Anfang einer Entwicklung ist, die sich schon vor Monaten hier ankündigte. Man wird dem Reichswehrminister zustimmen müssen, wenn er auf die Mängel hinweist, die darin liegen, daß die bürgerliche Gerichtsbarkeit viel zu langsam arbeitet und daß sich daraus für den militärischen Dienst nicht unerhebliche Schwierigkeiten ergeben. Der Gesetzentwurf führt aber keineswegs zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten. Diese können nur durch eine Beschleunigung des Verfahrens vor den zivilen Gerichten abgestellt werden. Die vorgesehene Art der Zusammenlegung der Disziplinarakademien zeigt die Absicht, alle militärischen Straffälle wieder in der alten Abgeschlossenheit zur Aburteilung zu bringen. Ferner soll bei allen Dingen, über die die Militärbehörden urteilen wollen, keine zivile Stelle mehr über die Kasernenmauer blicken dürfen. Wenn erst wieder der Begriff der Wehrverletzung wider besseres Wissen im allen Sinne eingeführt ist, wird das ganze Besatzrecht des Soldaten in der Praxis des täglichen Dienstes wieder der alte Torlo sein. Für die Hauptverhandlung vor den Kommissen, die grundsätzlich öffentlich sein soll, sind Bestimmungen getroffen, wonach ganz beliebig auf Antrag des Beschuldigten, des Anklagevertreters oder von Amts wegen die Öffentlichkeit ausgeschlossen oder auf bestimmte Personen beschränkt werden kann. Das heißt also, sobald ein Disziplinärverfahren vor den Kommissen steht, die Öffentlichkeit, wie das ja stets üblich war, aus dienstlichen Gründen ausgeschlossen wird. Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, verlieren die Unteroffiziere und Soldaten die Möglichkeit, sich in Fragen der Unwürdigkeit und damit der Entlassung aus der Wehrmacht an den Wehrminister zu wenden und seine Entscheidung anzufordern. Der Wehrminister wiederum verliert die Möglichkeit, selbst darüber zu entscheiden, ob das Verhalten eines Angehörigen der Wehrmacht würdig oder unwürdig war. Das eröffnet außerordentlich interessante Ausblicke.

Die ganze Einrichtung ist bei dem heute in unserer Wehrmacht vorhandenen Geiste unentzählbar.

Unter einem fortschrittlichen Mantelchen verbirgt sich ein Stück Reaktion schlimmer Art. Die Sozialdemokratie wird sich der Wiedererrichtung der Militärgerichtsbarkeit aufs energischste widersetzen und dem Gesetzentwurf in seiner jetzigen Gestalt niemals zustimmen. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Thomas (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Wenn sie Gesetz wird, werde Kaiser Wilhelm II. wieder in die Kasernen eingehen. Ein Vertreter des Reichswehrministers gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Bedenken der Redner im Ausschuss beseitigt werden mögen.

Der Entwurf wird dem Ausschuss für Militärgerichtsbarkeit überwiesen.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über den Entwurf des Reichsrats betr. die Teuerungsmassnahmen für Militärrentner. Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Hierauf folgt die zweite Beratung des Entwurfs zur Umänderung der Bestimmungen gegen Preistreiberi, Schleichhandel und verbotene Ausfuhr.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch wendet sich gegen die Anträge der bürgerlichen Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei, die weitere Wälderungen der Bestimmungen verlangen. Die Begründung, daß der reelle Kaufmann gegen ungerechte Verfolgung geschützt werden müsse, sei nicht von der Hand zu weisen, aber bei der Rechtsprechung werde schon jetzt die Marktlage, die Bewertung und die Kosten der Wiederbeschaffung berücksichtigt

Dieses Ergebnis in geschwehliche Formen zu pressen, sei nicht empfehlenswert.

Abg. Haunmer (Dnat.) fordert eine Verschärfung der Wucherbestimmungen, durch die der übermäßige Preis hart verfolgt wird.

Abg. Stofowich (Dem.) empfiehlt einen gemeinsamen Antrag der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, der die Feststellung verlangt, daß der Preis keinen übermäßigen Gewinn enthält, wenn er der Marktlage entspricht und Höchstpreise oder amtlich festgesetzte Marktpreise eingehalten werden, sofern nicht eine vorübergehende Notmarktlage geschaffen ist. Als Grundlage für eine zulässige Preisstellung soll der Wiederbeschaffungspreis mit den nachweisbaren Geschäftskosten als Grundlage dienen.

Abg. Kitzig (Soz.):

Die Annahme dieses Antrages würde jeden Schutz der Konsumenten unmöglich machen. Sie würde einen Zustand herbeiführen, der schlechterdings für alle Lohn- und Gehaltsempfänger unträglich wäre; denn

das ganze Risiko der Unternehmung soll auf die Verbraucher abgewälzt werden.

Der Gesetzentwurf bedeutet nur einen schwachen Versuch, dem Preiswucher entgegenzutreten. Der Antrag geht weit über das erforderliche Maß hinaus. Offenbar geht die ganze Aktion vom Groshandel aus, der unerfüllbare Forderungen stellt. Wir sind der Ansicht, daß jeder Kaufmann danach trachten muß, den Preis der Ware möglichst zu drücken, daß er sowohl im allgemeinen wie im eigenen Interesse dem hemmungslosen hinaufstreben der Preise Widerstand entgegenzusetzen muß. Wenn das Fördern des Wiederbeschaffungspreises keinen Preiswucher darstellen soll, dann wäre auch das Zurückhalten der Ware nicht strafbar. Eine große Gefahr sind die Kartelle, die auf die Beseitigung jeder Konkurrenz hinarbeiten und damit die Preise hochtreiben. Wir werden darüber wachen, daß die Regierung die Entschiedenheit des Ausschusses in bezug auf die Kartelle nicht unbeachtet läßt und daß uns möglichst bald ein entsprechender Gesetzentwurf vorzulegen wird.

Abg. Cuno (D. Sp.) fordert scharfes Einschreiten gegen den Wucher und Schutz für den „reellen Kaufmann“.

Abg. Korkhaus (Z.): Die bisherige Wuchergesetzgebung hat durchaus versagt. Der Wucher steht in höchster Blüte, aber nie ist er zu fassen. Die Annahme unseres Antrages würde die Beendigung der Schikanen bedeuten.

Abg. Unterleitner (U. Soz.) stimmt dem Gesetzentwurf und den Ausschlußentscheidungen unter Ablehnung der Zulassungsforderung der bürgerlichen Parteien zu. Die Wuchergesetzgebung bedarf einer erheblichen Verschärfung. Es sei besser, einen unschuldigen Wucherer zu verurteilen als einen schuldigen laufen zu lassen.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Wenn die Regierung die Ausschlußentscheidungen befolgt, dann kann die Rechtsprechung dem Wucher noch viel weniger zu Leibe gehen als jetzt. Wirksam bekämpft werden kann er nur durch die Arbeiterkraft selbst.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Die Regierung ist nicht geneigt, irgendwelche Erleichterungen zu gewähren, die geeignet sind, dem Wucher die Wege zu ebnen. Das wäre gerade in der jetzigen Zeit nicht zu verantworten. Zu bedauern ist, daß die Redner, die über eine ungerechte Behandlung der Geschäftsteile durch die Wuchergerichte geklagt haben, kein Wort übrig hatten für die schwierige Lage der Verbraucher, die gerade jetzt unendlich viel mehr leiden als die Unternehmer. Wenn Klagen drängt, dann sind sie es auf der Seite der Verbraucher. (Sehr richtig! links.) Wer den Marktpreis verlangt, sorgt dafür, daß in wenigen Wochen die Preise um 100 Proz. in die Höhe gehen. Dazu kann die Regierung die Hand nicht bieten, und ich bin der Überzeugung, der derartigen Wünschen Rechnung tragen würde. Wegen die großen Gesellschaften ihre Gewinne nicht ausschütten, dann haben wir das erforderliche Betriebskapital. Sie sollten ihre Aktionäre nicht mit Dividenden vollstopfen, sondern das Geld für künftige ungunstige Konjunkturlagen zurückhalten. Gerade diejenigen, die darüber klagen, daß sie zu scharf angefaßt werden, müßten noch schärfer angefaßt werden. (Beif. Beifall links. Zur rechts: Das ist der Minister! Gegenrufe des Ministers Schmidt: Jawohl, das ist der Minister!)

Der Gesetzentwurf über die öffentliche Bekanntmachung gegen Preistreiberi und die öffentliche Bekanntmachung zur Veränderung der Verordnung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberi werden in zweiter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr (Reichsstrafgesetzbuch, Beamtendisziplinargesetz, Zwangsantenne, Novelle zum Einkommen- und Erbschaftsteuergesetz).
Schluß 7 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Transportarbeiter, seid auf der Hut!

Von einer Gruppe von Funktionären des Transportarbeiterverbandes, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale steht, wird uns geschrieben:

Unter obiger Überschrift bringt die „Rote Fahne“ in ihrer Nr. 313 vom Donnerstag, den 13. Juli cr. einen Hinweis, der auf die Delegiertenwahl für den 11. Verbandstag der Transportarbeiter Bezug nimmt und wobei wieder einmal der klare Beweis erbracht wird, wie die „Rote Fahne“ die Einheitsfront der Arbeiter fördert.

Die Kandidatenaufstellung für die Delegiertenliste zum Verbandstag ist in Mitgliederversammlungen ohne Ansehen der politischen Zugehörigkeit erfolgt und galt für die Auswahl nur und allein die gewerkschaftliche Befähigung. Die Mitglieder setzen sich bei der Kandidatenaufstellung von dem Gedanken leiten, daß die einheitliche Parteierklärung, die heute jeden denkenden Arbeiter anwandert, unbedingt ausgeschaltet werden muß und nur dadurch, daß die Kandidatenliste nach rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkten zustande kam, war bei der Wahl selbst die Einheitsfront der Transportarbeiter am besten gewahrt. Über welche Bedeutung hat der Wille der Masse, wenn er der „Roten Fahne“ gegen den Streik geht? Wenn es sich darum handelt, der Einheitsfront mit voller Hingabe zu dienen, dann war es bisher immer die „Rote Fahne“ und ihr Anhang, die von der Einheitsfront nichts wissen wollten. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nur an den perfiden

Streikbruch beim Berliner Buchdruckerstreik.

Die „Rote Fahne“ hebt nun in dem von uns zitierten Artikel hervor, daß nur die von ihr veröffentlichten Kandidaten Männer seien, die als rein Klassenbewußte angesehen werden können. Wenn fällt bei solcher Anpreisung nicht das Sprichwort von dem sinkenden Eigenlob ein? Und in der Tat, wenn man die von der „Roten Fahne“ aufgeführten Namen eingehend einer Betrachtung unterzieht, so findet man darunter auch solche „Klassenkämpfer“, die einen ansehnlichen Humper Dreck am Stecken schleppen. Wir erinnern hierbei nur an des rätselhaften Versuchens der 360 000 M. Sammelgelder für die Inhaftierten, die seinerzeit abhandeln kamen und das größte Kuffehen erregten. Wir glauben aus der Erinnerung behaupten zu können, daß auch Herr H. Walter einer derjenigen war, der damals der Revisionskommission angehörte und bei der ominösen Geschichte auch eine gewisse Rolle spielte. Auch die Herren Erdmann und Braun haben kein klares Schild, auch gegen sie haben sich Vorwürfe geltend gemacht, deren Ausgang diese Herren in recht sonderbarem Lichte erscheinen lassen. Und wenn die Sache noch etwas schärfer angeleitet werden würde, so dürfte noch manchem dieser „Klassenkämpfer“ wenig Kühnliches übrig bleiben.

Da nun die „Rote Fahne“ in jenem Artikel ihre Anhänger offen auffordert, nur die von ihr öffentlich bekanntgegebenen Kandidaten bei der Wahl am Sonntag, den 16. Juli, auf der Liste stehen zu lassen und alles andere restlos zu streichen, so ergibt sich damit die Selbstverständlichkeit für alle anderen, die nicht auf die kommunistische Parole geschworen haben, nun auch ihrerseits ebenso zu verfahren und die bekanntgewordenen folgenden

Kommunistischen Kandidaten restlos zu streichen:

Walter, Schürmer, Köbis, Schüge, Maron, Erdmann, Seidel, Weiß, Schuit, Zwanzig, Braun und Boblat.

So unangenehm uns ein solcher Kampf auch ist, aber hier heißt es nur einmal: wer ohne Grund prozotiert und seinen Nachbar überfällt, darf sich nicht beschweren, wenn er der gerechten Strafe entgegengeht.

Zu wählen sind 32 Delegierte, so daß also, da jeder Stimmzettel die Namen von 64 Kandidaten enthält, mindestens 32 Namen gestrichen werden müssen. Stimmzettel, auf denen weniger als 32 Namen gestrichen sind, sind ungültig.

Anmerkung der Redaktion. Wir können eins nicht begreifen: daß es immer noch Gewerkschaften gibt — gleichgültig in welchem Parteilager sie auch stehen mögen —, die auf der kommunistischen Schwindelei von der „Einheitsfront“ hereinfallen. Wann haben die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien mit den Kommunisten eine gemeinsame Aktion unternommen, ohne von diesen in treulosester Art verraten worden zu sein? Es gibt kein Verbrechen an der Arbeiterbewegung, selbst das des Streikbruchs, das von den Kommunisten nicht begangen worden ist, um ihre Diktatur der Unfähigkeit und des Terrors aufzurichten. Wenn man das jetzt überall einzusehen beginnt, dann ist es wirklich die höchste Zeit.

Zur Wahl im Metallarbeiterverband.

Die Berliner „Brand“ sucht sich herauszuschwindeln und reitet sich dabei noch tiefer hinein, sich selbst und ihre ganze Wahlmacht. Wenn es auch unter den Arbeitern gutgläubige, vertrauensvolle Gemüter gegeben hat, die die SPD. als eine zwar extrem links stehende, aber immerhin auch sozialistische Partei angesehen haben, der in erster Linie das Wohl der Arbeiterklasse und die Verwirklichung des Sozialismus am Herzen liegt, so dürften sie nun endgültig geküßt sein. Es verlohnt sich eigentlich nicht weiter, auf das Geldspiel einzugehen, aber da wir nun einmal den Aufklärungsprozeß begonnen haben, müssen wir ihn zu Ende führen.

Die Berliner „Brand“, die ohne die russischen Schmiergelder längst zum Teufel gegangen wäre, ist so unvorsichtig, die internationale Aktion in die Debatte zu ziehen, um sich aus der Zwischmühle herauszuwinden, in der wir sie eingeschlossen haben. Natürlich

schwindelt sie dabei faulst. Sie behauptet u. a., daß die „französischen und englischen Amsterdamer diejen gerechten Streikfriedens verteidigen“. Gemeint ist der Frieden von Versailles. Und dies mag das Kommunistenblatt seinen Lesern vorzulegen, drei Tage nach der Zusammenkunft des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin, in der ein Aufruf an alle Gewerkschaften der Welt beschloffen wurde, die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu unterstützen!

Wiederholt, zuletzt auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in Rom vor drei Monaten, hat die Amsterdamer Internationale einmütig den Vertrag von Versailles verurteilt. Vor wenigen Tagen ist der Vertrag von Versailles auf dem Kongress der englischen Arbeiterpartei als auf der „schändlichsten, zerstörerischen Seite der Weltgeschichte“ beruhend, gebrandmarkt worden. Es gibt keine größere Lagung der französischen Gewerkschaften, wo nicht das gleiche geschieht ist. Auf allen internationalen Kongressen, insbesondere auf den Internationalen Kongressen der Metall- und Transportarbeiter, ist der Versailles Vertrag verdammt worden. Und — wir betonen dies ausdrücklich — es handelt sich hier ausschließlich um Veranstaltungen und Organisationen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Was aber ist die Anhänger der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale? Während der Internationalen Gewerkschaftsbund die Arbeiterklasse aufrief zum Boykott Polens, das Sowjetrußland überfallen hatte, während die Gewerkschaften in allen Län-

Ausschneiden! Aufheben!

Mit der Eröffnung des Fernsprechamtes Dönhoff gehen für uns die folgenden Telephonnummern:

Redaktion und Verlag: Dönhoff 292, 293, 294, 295, 2506, 2507.

Sozd. Parlamentsdienst: Dönhoff 4196, 4197, 4198.

Diese Nummern gelten vom 16. Juli ab.

den dieser Parole folgten, waren es die kommunistischen Metallarbeiter Nordfrankreichs, die Ueberstunden machten, um für Polen Waffen und Munition zu liefern, während die Transport- und Hafenarbeiter sich aussperren ließen, um diese „kommunistische“ Munition nicht nach Polen transportieren zu lassen. Genau so war es bei dem Boykott über Ungarn.

Das Kommunistenblatt hält offenbar seine Leserschaft für komplette Idioten, wenn es ihnen das Märchen von den „fest Kriegsende“ streitenden englischen Bergarbeitern und den Ueberstühten führenden deutschen Bergarbeitern vorsetzt. Es weiß natürlich sehr gut, daß die englischen Bergarbeiter nicht streikten und die deutschen Bergarbeiter schon seit mehreren Monaten keine Ueberstunden machten. Es weiß natürlich ebensogut, daß während des vorjährigen englischen Bergarbeiterstreiks nach keine Tonne deutscher Kohle nach England geliefert wurde, dank der guten Organisation der Bergarbeiter, die trotz der Kommunisten, die an die Stelle der Selben getreten sind, und der Christlichen, soeben einen großen Sieg errungen haben.

Über wozu noch weitere Beweise häufen? Die Kommunisten sind nie etwas anderes gewesen als die Zerstörer der Gewerkschaften. Es muß mit ihnen endlich Schluss gemacht werden.

Wir weisen besonders auf das heutige Inserat hin, wo alles für die Wahl Wissenswerte zu finden ist. Die Vertrauensleute der Amsterdamer Richtung des DMB. werden darauf aufmerksam gemacht, daß das neue Flugblatt als Antwort auf das Flugblatt der SPD. vom Sonnabend vormittags ab im Zentralbureau, Kaiserstr. 1, Ecke Linienstraße, in Empfang zu nehmen ist.

Achtung Buchbinder!

Sämtliche streikenden Mitglieder, welche das Streikgeld zu erhalten haben, werden aufgefordert, am Sonnabend, den 16. Juli, von 8 bis 12 Uhr vormittags, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25, ihr Streikgeld abholen zu wollen.

Heute, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, in den Berliner Vereins- und Konzertsaal, (früher Arminshallen, Kommandantenstr. 58/59) Branchenversammlung aller in Buchdruckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen mit den Berliner Buchdruckereibesitzern. Es sind unbedingt Erscheinen aller in Betracht kommenden Kolleginnen und Kollegen erforderlich.

Streik der Graveure und Ziseleure.

Der Deutsche Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Berliner Graveure und Ziseleure, die unter den Bestimmungen des Reichstarifgesetzes arbeiten, stehen seit dem 5. Juli im Streik, weil von den Unternehmern anlässlich der Reichstarifverhandlung am 12. Juni nur 8 M. Zulage angeboten, aber von den Vertretern des Metallarbeiterverbandes abgelehnt wurden. Der Spitzenlohn würde demnach 28 M. betragen. Obwohl die Unternehmer ihre Bundesmitglieder angewiesen haben, trotz unserer Ablehnung die Zulage von 8 M. freiwillig zu zahlen, lehnte die gesamte Kollegenschaft das Angebot ab, mit dem Hinweis, daß sofort in örtliche Verhandlungen eingetreten werden müsse. Auf eine Aufforderung der Ortsverwaltung Berlin des DMB. an die Unternehmer, örtliche Regelungen der Reichstariflöhne für Berlin vorzu-

nehmen, bekamen wir die Mitteilung, daß sie dieses ablehnen. Als Antwort wurde von den Arbeitnehmern sofort einstimmig der Streik beschlossen.

Au die noch in Arbeit stehenden Kollegen wird appelliert, acht zu geben, daß kein Kollege in die Gefahr kommt, unbewußt Streikarbeit zu verrichten. Die Liste der betroffenen Firmen ist täglich von 9—11 Uhr vormittags bei der Streikleitung, Kottbuler Str. 19, Restaurant von Wegner, einzusehen.

Trotzdem die Unternehmer das Mittel der schwarzen Listen anzuwenden, werden die Streikenden nur dann die Arbeit geübt, wenn die Forderungen restlos bewilligt sind. Kollegen und Kolleginnen, übt Solidarität!

Lohnvereinbarung im Friseurgewerbe.

Vom Verband der Friseure wird uns geschrieben: Zwischen den Organisationen der selbständigen Friseur Groß-Berlins einerseits und dem Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Berlin, andererseits wurde folgende Vereinbarung abgeschlossen:

Die hier festgesetzten Wochenlöhne sind Mindestlöhne und betragen für a) Herrenfriseur 725 M.; b) Damenfriseur 750 M.; c) Friseurinnen mit dreijähriger Lehrzeit oder dreijähriger ununterbrochener Berufstätigkeit 725 M. Die Angehörigen dieser Gruppen unter 21 Jahren erhalten 50 M. weniger; d) Haararbeiter und Haararbeiterinnen 625 M.; e) dgl. qualifizierte 675 M.; f) Einrichter und Präparateur 925 M. Die Ausführlöhne betragen für: Herrenfriseur 16 M., Damenfriseur 17,50 M. Zuschlag für Sonnabend und Sonntag von mittags 1 Uhr ab 200 M., für Sonnabend den ganzen Tag 140 M., Sonnabend von 1 Uhr ab 120 M., für einen Sonn- oder Feiertag 80 M., für die ganze Woche 825 M. Nach zwölfmonatiger Tätigkeit in demselben Betriebe sind jedem Arbeitnehmer 3 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.

Bei den Verhandlungen wurde besonders Klage darüber geführt, daß die aus dem Beruf Ausgeschiedenen diesen nebenbei weiter ausüben und dadurch den im Beruf Tätigen außerordentlich schädigen; das trifft sowohl auf die Selbständigen wie auf die Gehilfen zu. An alle Gewerkschaftsmitglieder ergeht daher die Bitte, diese Konkurrenz nicht zu unterstützen, sondern diese eventuell mit Hilfe des Betriebsrats ganz zu unterlagen. Es ist um so notwendiger, weil eine große Zahl arbeitsloser Gehilfen vorhanden ist. Durch die enorm gestiegenen Preise aller Rohmaterialien ist eine Erhöhung der Bedienungspreise notwendig geworden.

Lohnzahlung im Einzelhandel. Die Handelskammer haben, nachdem der Tarifvertrag für Monat Juni und Juli abgeschlossen, infolge der enormen Steigerung der Lebensmittelpreise eine außerordentliche Lohnaufhöhung von 20 Proz. für den Juli gestellt. Die Einzelhandelsgewerkschaft hat daraufhin den Transportarbeiter-Verband zu Sonnabend mittags erneut zu Verhandlungen eingeladen.

Stillelegung der Danziger Werft.

Gestern vormittags haben auf der Danziger Werft auf Erlauchen der Gewerkschaften die Zimmerer, Tischler und Kupferschmiede die Arbeit niedergelegt. Nachmittags werden auch die Maschinisten und Heizer ihre Arbeitsstätten verlassen. Die Gesamtzahl der in den Zustand getretenen Arbeiter beträgt rund 600. Da infolge des Ausschidens dieser Arbeiterkategorie eine Fortführung des Werftbetriebes unmöglich geworden ist, hat die Werftleitung den Betrieb der Danziger Werft heute mittags 1 Uhr vollständig geschlossen und alle übrigen Arbeiter, etwa 300, entlassen.

Zum belgischen Gewerkschaftskongress.

Die belgischen Gewerkschaften halten vom 15. bis 17. Juli in Brüssel ihren Jahreskongress ab. Sie hatten den DMB. eingeladen, eine Vertretung zu entsenden; die Einladung wurde angenommen und der Genosse Sajnienbach als Vertreter bestimmt. Da die belgische Regierung die Erteilung des Visums verweigert, auch durch unternehmene Schritte der belgischen Genossen beim zuständigen Minister zu keiner anderen Haltung zu bewegen war, müssen die deutschen Gewerkschaften auf dem belgischen Kongress unvertreten bleiben. Selbstverständlich wird ein solcher Zwischenfall nicht verhindern, die belgische und deutsche Arbeiterklasse einander näher zu bringen. Wir werden über den Kongress berichten.

Zentralbureau der Metallisten und Heizer. Bezirksversammlungen. Eichenzberg: Heute 7 Uhr bei Köpcke, Eichenzberg. Schöneberg: Heute 7 Uhr bei Köpcke, Schöneberg. Eichenhof: Heute 7 Uhr bei Köpcke, Eichenhof. Eichenhof: Heute 7 Uhr bei Köpcke, Eichenhof.

Verantwortl. für den rechtl. Teil: Franz Rißes, Berlin-Niederschlesien; für Wagnis: Th. Glode, Berlin. Verlag: Reichsdruckerei G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1. Streifen 1. Verlag.

Zum Sport nur Bären-Stiefel

Der Stiefel für schwere Beanspruchung.

Hochschäftige Schnürstiefel bis zum Knie, wasserdichte Jagdstiefel, Bergsteiger, Tourenstiefel, Haferische in höchster Vollendung. Halblappe in Unversitt (Nimmig), Uel (Mittelp), Saker (Horn), Gerand-Parten (Horn) und andere Stiefel. Erkennlich durch Reklameschilder „Bärenstiefel“. Evtl. fordern Sie illustrierten Katalog direkt von

Hans Bähr, Berlin, Spezialhaus für Sportstiefel
Einzelverkauf Spittelmarkt 4-7.
(vor der Brücke), Bonn / Eppel / Lager.



An der Ecke



ROMEО-SCHUH-AKT-GES. ROMEО

der Chaussee- und Invalidenstrasse, im Hause Chausseestrasse 22

eröffnen wir

Dienstag, den 18. Juli, vorm. 10 Uhr unsere 16. Berliner, unsere 130. Reichsniederlassung, ein Schuhwarenhaus allergrössten Stils.

Aus diesem Anlass gestalten wir den Eröffnungsverkauf zu einem Ereignis für alle Verbraucher.

ROMEО
Schuh-Aktiengesellschaft